



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

452 (7.10.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193704](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193704)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagsstelle: Im Mannheimer u. Umgebung monatlich, einzeln 1.70 für den Postboten u. Einzelverkauf
Preis 7. —, Posttag 10. —, 12. —, 14. —, 16. —, 18. —, 20. —, 22. —, 24. —, 26. —, 28. —, 30. —, 32. —, 34. —, 36. —, 38. —, 40. —, 42. —, 44. —, 46. —, 48. —, 50. —, 52. —, 54. —, 56. —, 58. —, 60. —, 62. —, 64. —, 66. —, 68. —, 70. —, 72. —, 74. —, 76. —, 78. —, 80. —, 82. —, 84. —, 86. —, 88. —, 90. —, 92. —, 94. —, 96. —, 98. —, 100. —
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 7040-7060

Badische Neueste Nachrichten

Verlagsstelle: Im Mannheimer u. Umgebung monatlich, einzeln 1.70 für den Postboten u. Einzelverkauf
Preis 7. —, Posttag 10. —, 12. —, 14. —, 16. —, 18. —, 20. —, 22. —, 24. —, 26. —, 28. —, 30. —, 32. —, 34. —, 36. —, 38. —, 40. —, 42. —, 44. —, 46. —, 48. —, 50. —, 52. —, 54. —, 56. —, 58. —, 60. —, 62. —, 64. —, 66. —, 68. —, 70. —, 72. —, 74. —, 76. —, 78. —, 80. —, 82. —, 84. —, 86. —, 88. —, 90. —, 92. —, 94. —, 96. —, 98. —, 100. —
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 7040-7060

Die ungeheuren Befähigungskosten.

Berlin, 6. Oktober. (W. B.) Der Reichsrat hatte am heute zur Berichterstattung des Ausschusses über den Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums eine Vollsitzung anberaumt. Der Berichterstatter erklärte sich jedoch außerstande, das Referat zu erstatten, weil in der Zwischenzeit bekannt geworden sei, daß eine riesige Erhöhung der Aufwendungen für die Befähigungstruppen erforderlich sei. Der Berichterstatter stellte deswegen die Anfrage an den Reichsfinanzminister, welche Bewandnis es mit diesen Erhöhungen habe und wie hoch sich nach der Ansicht des Ministers die Gesamtaufwendung stellen würde. Der vom Reichsfinanzminister abgegebenen Begründung ist folgendes zu entnehmen:

Bei der Aufstellung des Etats im Februar 1920 fehlte jede sichere Unterlage. Eine Anfrage bei der Rheinlandskommission über die Stärke der Befähigungstruppen, über ihre Bedürfnisse an Geld, Verpflegung, Wohnung, Gebrauchsgegenstände usw. blieb bis heute unbeantwortet. Marschall Foch hatte im Oktober 1919 auf eine Anfrage der deutschen Wehrkommission die kurze Antwort: Die deutsche Regierung habe keine Kontrolle auszuüben über die Verwendung der angeforderten Rüstungsmittel, die ja auf die Befähigungskosten gutgeschrieben würden. Der einzige Anhalt für die Aufstellung des Etats für 1920 ergab sich für das Reichsfinanzministerium aus der Erklärung des Vorstehenden der internationalen Kommission, Soucheur, bei den Verhandlungen in Versailles im August 1920. Soucheur erwiderte damals auf die Feststellungen des Staatssekretärs Bewald, daß im besetzten Gebiete Kasernements für 70 000 Mann vorhanden seien, und auf seine Forderung, daß diese Zahl die Befähigungstruppen nicht überschreiten sollten, daß diese wohl um etwas höher sein würde. Das Reichsfinanzministerium mußte demgemäß annehmen, daß mit einer möglichen Ueberschreitung dieser Ziffer zu rechnen sein würde. Es veranschlagte die Gesamtaufwendungen für 80 000 Mann und unter Zugrundelegung der für die deutschen Reichswehrsoldaten erwachsenden Kosten die Kosten für den normalen Unterhalt der Befähigung auf 1,92 Milliarden. Unter Hinzurechnung der Ausgaben für Requisitionen usw. kam das Reichsfinanzministerium auf Grund eigener Schätzung auf den im Etat eingestellten Betrag von 3 Milliarden. Aus den stets wachsenden Anforderungen an Geld- und Sachleistungen mußte bereits in den folgenden Monaten der Etat herabgezogen werden, daß dieser Voranschlag hinter den tatsächlichen Kosten zurückblieb. Die nur indirekt möglichen Feststellungen über die Befähigungskosten ergaben eine Differenz von etwa 100 000 000 Mark.

Die von den Befähigungsmächten geforderten Vorschläge für den Unterhalt der Befähigungstruppen, die sogenannten Markt-Vorschläge erreichten am Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2 318 067 000 Mark. Für die Verpflegung von Verpflegungsmitteln und Futtermitteln sind im gleichen Zeitpunkt etwa 110 Millionen Mark vorausgeschätzt worden. Außerdem ergab sich aus dem im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 aufgelaufenen Quartier- und Requisitionskosten auf den Gesamtbetrag von über 5 Milliarden veranschlagt werden müßten, die zum vorwiegenden Teil im Rechnungsjahr 1920 zur Auszahlung kommen. Dieser Betrag stellt aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. — Es steht noch der überwiegende Teil der von den Befähigungsmächten vorausgeschätzten Beträge für Befähigung und Unterhalt der Truppen und für die von ihnen bezahlten Requisitionen aus.

Für die Schätzung der Höhe dieser Zahlungen war das Reichsfinanzministerium, da es bisher keinerlei offizielle Erklärungen erhalten konnte, ausschließlich auf die Zeitungsnachrichten angewiesen, für deren Zuverlässigkeit keinerlei Gewähr gegeben werden kann. Der Bericht des französischen Budgetkommission in der französischen Kammer am 4. Juni 20 erstattete und dessen authentischer Wortlaut uns erst vor kurzem zugeht, schätzt die Kosten der Befähigungstruppen bis zum 1. Mai 1920 auf vier Milliarden Goldmark, was einem Betrage von 40 Milliarden Papiermark entspricht. Es ist nicht ersichtlich, ob Soucheur hierbei lediglich die Kosten der französischen Armee oder die Kosten der Befähigung im Auge hatte. Weht man von letzterer Auffassung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 2—3 Milliarden, d. h. eine jährliche Ausgabe von 27 Milliarden in den Etat einsetzen, so geschieht dies in der Erwägung, daß die ganze Befähigungsfrage einer radikalen Uenderung unterzogen werde.

Der Reichsrat verlangte hierauf eingehenden Ausschluß über alle Einzelheiten der Ursachen der hohen Befähigungskosten und verwies den Etat des Reichsfinanzministeriums an den Ausschuss zurück.

Deutschland und Frankreich.

Keine Verhandlungen von Regierung zu Regierung.

Berlin, 6. Oktbr. (W. B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ein Berliner Blatt brachte eine auch an der Börse viel beachtete Mitteilung, wonach in Berlin und zugleich auch in Paris Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich stattfinden sollten. Die Mitteilung, daß in Berlin verhandelt werden würde, trifft nicht zu. In Paris werden zurzeit einige Probleme der Aus- und Einfuhr erörtert, die aber nur den Charakter von Vorbesprechungen haben und rein technischer Natur sind. Was den in der erwähnten Zeitungsnachricht hervorgehobenen Wunsch Pariser Kreise anbelangt, der Wiedergutmachungskommission eine besondere Rolle zuzuteilen und zunächst die Lage in Deutschland zu untersuchen, so sind das die bekannnten Gesichtspunkte, die französischerseits schon seit längerer Zeit geltend gemacht wurden. Wie in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wiederholt dargelegt wurde, kommen vorläufig in der Frage der Festsetzung der von Deutschland auf Grund des Versailles Friedens zu leistenden Beiträge überhaupt keine Verhandlungen von Regierung zu Regierung in Betracht, sondern es handelt sich ausschließlich um die Fühlungnahme von Sachverständigen zur Vorbereitung des Bedens für eine internationale Konferenz. Zu weiteren Kombinationen bieten diese Vorbesprechungen keinen Anlaß.

Der Krieg im Osten.

Waffenstillstand.

London, 6. Oktbr. (Havas.) Ein Moskauer Funktspruch bestätigt die gestern abend in Riga erfolgte Unterzeichnung des russisch-polnischen Waffenstillstandes.

Wien, 6. Oktbr. (W. B.) Der Sonderberichterstatter der itauischen Telegraphenagentur in Lida meldet, daß auf der

gestrigen Sitzung der Vertreter beider Delegationen eingehend alle strittigen Fragen besprochen und Einmütigkeit erzielt worden sei. Man habe sich dahin geeinigt, den Waffenstillstand zwischen Rußland, Polen und der Ukraine nicht später als am 8. Oktober zu unterzeichnen. Das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages zwischen Rußland und Lettland wurde am 4. Oktober in Moskau unterzeichnet.

Die itauische Telegraphen-Agentur berichtet über die itauisch-polnischen Verhandlungen in Sumaki, daß die polnische Delegation nach einer Besprechung in Bialystok mit dem polnischen Militärbefehlshaber Pilsudski sich bereit erklärte, den itauischen Vorschlag betreffend die Festsetzung der Demarkationslinie anzunehmen.

Die ungünstige Lage des russischen Heeres.

Berlin, 7. Okt. (Von unv. Berl. Büro.) Wie uns von informierter Seite aus Kowno berichtet wird, stehen die Dinge sowohl für Litauen als auch für Sowjetrußland im Augenblick wenig erfreulich. Zumal die Lage der russischen Armee, gelinde gesagt, ungünstig ist. Die Versorgung mit warmen Sachen genügt auch bei den besten Ansprüchen nicht. Dadurch werden die ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten Sowjetrußlands natürlich erheblich gesteigert. Dennoch bleibt, wie unser Gewährsmann uns mitteilt, die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß Gefangene der Roten Armee, die jetzt in Ostpreußen interniert sind, entlassen und über Kowno nach Rußland zurückkehren, nach zuverlässigen Beobachtungen zu 9 Zehntel einen bewußt bolschewistischen Eindruck machen und nach ihrer Heimkehr wieder in die Rote Armee eintraten wollen. Allerdings ist die Rote Armee zurzeit die einzige wirklich gute Versorgung von Rußland und so ist dieser Eifer immerhin einigermaßen erklärlich.

England und Rußland.

Rotterdam, 6. Okt. (W. B.) Nach einer Londoner Meldung verlangte die englische Regierung binnen einer noch festzulegenden Frist angemessene Bürgschaften von der Sowjetregierung wegen der englischen Gefangenen, der bolschewistischen Propaganda und anderen Fragen. Die englische Regierung weigert sich bestimmt, dem diplomatischen Vertreter der Evening Standard zufolge, die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen, wenn die Bürgschaften nicht zu einem bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krassin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Komnew befehlen hat.

Rundgebung des Betriebsräte Kongresses für Sowjet-Rußland.

Berlin, 6. Okt. (W. B.) Der Betriebsräte Kongress nahm heute einstimmig eine Entschlieung an, die dem Proletariat Rußlands die vollste Sympathie des Kongresses ausdrückt und es als Pflicht der deutschen Betriebsräte bezeichnet, jede Herstellung und den Transport von Waffen und Munition, die gegen Rußland verwendet werden könnten, mit allen Mitteln zu unterbinden.

Zur Erläuterung dieses Beschlusses diene die folgende Nachricht:

Rom, 6. Okt. Stefani. In der Presse wird ein ausführlicher Bericht veröffentlicht, den der allgemeine Arbeitererrat auf Grund der Ergebnisse der Studienreise der italienischen Sozialisten nach Rußland über die russischen Verhältnisse erstattet. Der Bericht hebt hervor, daß an der warmen Ausnahme der italienischen Abordnung durch die amtlichen russischen Kreise das russische Volk selbst sich keineswegs beteiligte, da die Bedrohungen der politischen Schicksale Rußlands sich völlig abseits der russischen Volksseele vollzogen. Die physische Lage der Massen ist in den Städten sehr gedrückt, was hauptsächlich von der ungenügenden Ernährung herrührt. Das wirtschaftliche Leben wird durch materielles und moralisches Elend gekennzeichnet. Der Bericht bespricht das Versorgungssystem und die Entwertung des Rubels und ihre Folgen. Den Versuch, die wirtschaftliche Verwaltung in die Hände der Arbeiterklasse selbst zu legen, bezeichnet er als unheilvoll. In den Händen der Arbeiter wurden der Gesellschaftskörper und die Produktion fast ganz untätig. Mit geringen Ausnahmen sei es dem Lande noch nicht gelungen, sich von dieser Lähmung zu erholen. Der Krieg nahm die Kräfte der bolschewistischen Regierung größtenteils in Anspruch. Krise man aber das Wenige, das sie zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zu tun vermag, müsse man stark zweifeln, ob Rußland in seiner jetzigen verfallenen Lage aus sich selbst heraus zu erträglichen Bedingungen des bürgerlichen Lebens kommen könne.

Der Bericht fährt fort: Das in dem kommunistischen Programm vorgeschriebene Ziel der sozialen Gleichheit sei einfach zu einer Gleichstellung aller Klassen in einem einzigen großen Elend geworden. Die Klassen passten sich mit außerordentlicher Nachgiebigkeit den Ereignissen an, aber nur solange die natürlichen Quellen andauern, die die alte Regierung der neuen hinterlassen hat. Man dürfe sich keiner Täuschung über den russischen Export hingeben. Die Transportmittel seien völlig ruiniert. Die inneren Verhältnisse des Landes könnten über die internationalen Verpflichtungen die Oberhand gewinnen. 32 000 Tonnen Getreide hätten in Cherson für den Export nach Italien bereit gelegen; aber sie seien von der russischen Regierung zur Verpflegung der Truppen angefordert worden. Die auswärtige Hilfe für Rußland werde immer dringender. Die gegenwärtige Regierung sei ihrer Auflösung nahe. Trotz aller Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage hätten sich einige Errungenschaften der Revolution festgesetzt. So sei der Widerstand der Bauern gegen jeden reaktionären Vorstoß zu erklären. Die Revolution hätte auf dem stachen Lande die Wirkung gehabt, faktisch einen Kleinbesitz zu begründen, der sich vom Vater auf den Sohn vererbe. Die Verwirklichung des Kommunismus auf dem Lande sei nichts als eine bolschewistische Phantasie.

Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

S. Hannover, 5. Oktober.

In Hannover trat am Dienstagvormittag der neugewählte Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu seiner ersten Tagung zusammen, nachdem am Tage zuvor die Wahlkreisvorsitzenden und Wahlkreisgeschäftsführer eine Besprechung abgehalten hatten. Der Beethovensaal in der Stadthalle bot der Tagung angenehmen Aufenthalt. Anwesend waren im ganzen 270 Teilnehmer.

Hg. Dr. Stresemann eröffnete die Tagung als Vorsitzender des Zentralvorstandes mit einem Willkommensgruß an die Delegierten. Die Stadt, in der wir tagen, zählt denjenigen Deutschen als Bürger in ihren Rauen, der über die Parteien hinweg als Verbandsbildung deutscher Pflichten und deutschen Geistes erscheint. Ich bitte Sie um die Genehmigung, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg die ehrerbietigsten Grüße des Zentralvorstandes zu übermitteln (lebhaftes Bravo) und ihn auch unserer Teilnahme an der schweren Erkrankung seiner verehrten Gattin zu versichern. (Zustimmung.)

Der Zentralvorstand trat darauf in die Verhandlung der Tagesordnung ein. Den ersten Punkt bildete die Wahl des Vorstandes.

Auf Vorschlag von Rechtsanwalt Dingeldey-Darmstadt wurde der bisherige Vorstand durch Jurist unter allgemeinem Beifall wiedergewählt. Er besteht also wie bisher aus den Abgeordneten Dr. Stresemann als Vorsitzenden, Dr. v. Richter als stellvertretendem Vorsitzenden, Frau Clara Rende und Erzelleng Dr. Beder als weiteren Vorsitzenden, Dr. Böglar als Schatzmeister und Geheimrat Garnich als dessen Stellvertreter. Als zweiter stellvertretender Schatzmeister wurde Hg. Kempkes durch Jurist gewählt.

Die Zuwahlen zum Zentralvorstand wurden nach dem Ausschussvorschlag vorgenommen. Danach traten infolge Zuwahl in den Zentralvorstand unter anderem ein: Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, Oberbürgermeister Blüher-Dresden, Frau Bassermann-Rannheim, Stadtkämmerer Dr. Wiemer-Berlin, Geh. Sanitätsrat Dr. Rugdan-Berlin, Justizrat Hallensleben-Berlin, Oberbürgermeister Cassefmann-Bayreuth, Staatsrat a. D. Dr. Quard-Roburg, Frl. Dr. Marie Bernays-Mannheim. Die Zusammenstellung aller ausgewählten Mitglieder wird gemeinsam mit der Zusammenfassung des neuen Zentralvorstandes demnächst veröffentlicht werden.

Ferner wurde auf Antrag beschlossen, die Zahl der Vertreter des Pressevereins der Deutschen Volkspartei auf sechs festzusetzen.

Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses.

In den Geschäftsführenden Ausschuss wurden gewählt: Der Vorstand der Partei: Dr. Stresemann, Dr. von Richter, Frau Rende, Dr. Beder-Hessen, Dr.-Ing. Böglar, Rechtsanwalt Kempkes, Geh.-Rat Garnich, sowie folgende weitere Mitglieder: Landesgerichtspräsident Beder-Frankenthal, Oberlehrer Beneke-Berlin, Oberbürgermeister Blüher-Dresden, Baurat Boerschmann-Königsberg, Geh. Rat Brandt-Göttingen, Dr. Carlsson-Halle, Dr. Cremer-Berlin, Dr. Curtius-Helberberg, Bankdirektor Dietrich-München, Dr. Dingeldey-Darmstadt, Hofbesitzer Duike-Jernhagen, Generalsekretär Flathmann-Wilmersdorf, Frau Milka Frisch-Königsberg, Gemeindeforscher Dr. Geister-Berlin, Rechtsanwalt Dr. Gildemeister-Bremen, Chefredakteur Dr. Hartmann-Hannover, Reichsjustizminister Dr. Heinze-Berlin, Frau Hiesler-Guben, Frl. Hofmann-Stettin, Fabrikdirektor Dr. Kolbe-Wiesbaden, Hüttendirektor Kuhler-Duisburg, Prof. Dr. Leibig-Wilmersdorf, Professor Dr. Rodenhauer-Röhm, Dr. Ritter-Stettin, Pfarrer Dr. Resner-Herford, Frl. Dr. Roth-Schönher-Berlin, Justizrat Schulz-Hagen, Gemeindeforscher Dr. Streiter-Berlin, Verbandsvorsitzender Thiel-Berlin.

Außerdem wurde dem Geschäftsführenden Ausschuss das Recht auf Zuwahl von acht Mitgliedern eingeräumt.

Stresemann zur politischen Lage.

Es folgte dann der Bericht über die politische Lage, den Dr. Stresemann etwa wie folgt erstattete:

Wir durften als Deutsche Volkspartei einen großen Erfolg bei den Wahlen buchen. Die Gründe dafür lagen teils bei den Fehlern unserer Gegner und teils in unserer eigenen Tätigkeit. Die Parteigeschichte hat einen solchen Zusammenbruch, wie ihn die frühere Regierungskoalition erlebt, selten oder nie gesehen, denn kein zahlenmäßig schien diese Mehrheit unerschütterlich zu sein. Die

Demokratische Partei erlebte eine Niederlage.

weil sie die Stimmung in den Kreisen des deutschen Bürgertums völlig verkannte. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht das hat ihr geschadet, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammenging, wohl aber hat ihr geschadet, daß sie sich vielfach von der Sozialdemokratie leiten ließ und darüber ihre eigenen bürgerlichen Ideale vergaß. Daraus muß jede bürgerliche Partei die Folgerung für ihr eigenes Verhalten ziehen. (Sehr richtig!) Die sogenannte Reichssozialdemokratie hat unter den Arbeitermassen einen großen Teil ihres Anhangs eingebüßt, weil sie eine innerlich unwahre Partei geworden war, die nach außen Grundzüge vertrat, an die sie innerlich nicht mehr glaubte. Der bevorstehende sozialdemokratische Parteitag kann einen Wendepunkt bedeuten, wenn nämlich aus seinen Beratungen die klare Erkenntnis innerhalb der sozialdemokratischen Partei erwache, daß sie sich aus Gründen inneren Gewissenszwanges von dem Marxismus als der Grundlage ihrer Partei abzuwenden habe. Ich fürchte allerdings, daß es nicht dazu kommen wird. (Sehr richtig!) Dann wird sich aber auch die Arbeiterklasse mehr und mehr von ihr abheben und zum großen Teil sicher bei dem Kommunismus Anschluß suchen.

Wenn neue Wähler zu uns vor allen Dingen aus den bürgerlichen Kreisen gekommen sind, so beruht dieser unser Erfolg darauf, daß sich doch seit dem Zusammenbruch des alten Reiches die Behauptung der idealen Fragen wieder mehr und mehr in den

Borbergrund drängt. Der Mangel an Würde in Fragen der Außenpolitik, Laten, wie die Verlaugnung der deutschen Flagge, haben Hunderttausende politisch erregt, die wenig danach fragten, ob sie wirtschaftlich politisch auf der rechten oder auf der linken Seite stehen. Was uns aber politisch zu unserem Wahlerfolg geholfen hat, das war die positive Tätigkeit unserer Fraktion in der Nationalversammlung. Sie war nur ein kleines Häuflein, aber sie stellte eine geistige Elite dar. In diesen politischen Erfolg knüpfte ich deshalb die Hoffnung: Können Sie sich nicht dahin führen, den politischen Vertreter nach seinem Beruf zu bewerten, sondern fragen Sie nach der Persönlichkeit. (Beifall, allseitige Zustimmung.) Der beste Vertreter ist derjenige, der imstande ist, vom Überbild über das Allgemeininteresse aus das Einzelinteresse richtig einzuschätzen. (Beifall, Beifall.)

Wir sind durch den Erfolg der Wahlen ein Faktor in der Politik geworden, an dem man bei

der Bildung der neuen Regierung nicht vorbeigehen konnte. Es trat damals die Frage an uns heran, verbleibe wir in der Opposition oder sollen wir uns an einer Politik der Kompromisse beteiligen? Wir haben uns sofort für den zweiten Weg entschieden, denn es konnte gar kein anderer Weg beschritten werden. (Beifall, Zustimmung.) Man kann nicht den Wiederaufbau Deutschlands im Wahlkampf in den Mittelpunkt seiner Bestrebungen stellen und sich der verantwortlichen Mitwirkung entziehen, wenn man dazu aufgefordert wird. (Sehr richtig.) Wir haben durch Übernahme der Regierungsverantwortlichkeit zunächst verhindert, daß die Beamtenliste im Reich weiter parteipolitisch zerlegt wurde. Und wenn wir in Preußen zu anderen Verhältnissen kommen, so muß es unsere erste Aufgabe sein, den Entwicklungsprozess zu hemmen, den die Dinge dort in derselben Richtung genommen haben. Wir haben damals vor der Frage gestanden, welche Parteien sollen die neue Regierungskoalition umfassen. Die Deutschnationalen stellen in den Mittelpunkt ihrer Angriffe immer wieder die Behauptung, daß wir nicht genügend Rücksicht auf sie genommen hätten, daß sie übergegangen worden seien. Die eine Sammlung habe ich allerdings abgelehnt, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichten solle, nur gemeinsam mit den Deutschnationalen entweder in die Regierung einzutreten oder ihr fernzubleiben. Einen solchen Mißbrauch dürfen wir nicht unterlassen. (Beifall, allgemeine Zustimmung.) Im übrigen sollen die Deutschnationalen nicht vergessen, daß damals in den Tagen der Regierungsbildung ihr Parteivorsitzender Herrgert erklärt hat, auch seine Partei werde unter Zurückstellung wichtiger Grundzüge bereit sein, mit der Sozialdemokratie zusammen in eine Regierung einzutreten. Die theoretisch beste Regierung wäre damals eine Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten gewesen. Dann hätten wir einmal das ganze Bürgertum umfaßt und wir hätten in einer Zeit, die großen revolutionären Erschütterungen ausgesetzt ist, keine Scheidlinie zwischen der Sozialdemokratie und den Bürgerlichen gezogen. (Sehr richtig.) Eine solche Regierung hat sich nicht bilden lassen. Das Zentrum und die Demokraten wollten nicht mit den Deutschnationalen zusammengehen, wie sich andererseits die Sozialdemokratie nicht mit uns in eine Regierung sehen wollte. Es ist gesagt worden, wir hätten diese Tatsache vor dem ganzen Lande ins Bild stellen sollen. Ich gebe das zu und habe es auch im Reichstage schon ausgesprochen. Aber an der Grundtatsache, an diesem Reiz des Zentrums und der Demokraten ist doch dadurch nichts geändert worden, daß man das parteipolitische Moment übersehen hat. Und man sollte sich doch auch vergegenwärtigen, daß es damals im Grunde genommen nicht um Parteipolitik ging, sondern um das Gelingen oder Mißlingen der Regierungsbildung. (Beifall, sehr richtig.) Es kann kein Zweifel daran bestehen, welches von beiden höher einzuschätzen ist. Dafür sollte man doch gerade in der Deutschnationalen Partei Verständnis hegen. Statt dessen gefallen sich die Deutschnationalen in unverantwortlichen Angriffen. (Beifall, Zustimmung.) Sie sollten sich sagen, daß es ihre erste Aufgabe ist, als Opposition von rechts dafür zu sorgen, daß das Kabinett nicht nach links gleitet. Unsere parteipolitische Aufgabe war es, in die Regierung einzutreten und dafür Opfer zu bringen. Wenn statt dessen die Deutschnationalen jetzt in ihrer Politik den Hauptstoß gegen uns richten wollen, dann lehne ich darin keine staatsrechtliche Politik, sondern eine Politik, gegen die es als Antwort nur eins gibt: Offenheit auch auf unserer Seite. (Beifall, allgemeine Zustimmung.)

Wir haben andererseits Stellung nehmen müssen zur Frage der

Heranziehung der Sozialdemokratie und wir haben hier seit der letzten Zentralvorstandssitzung unseren Standpunkt nicht geändert. Wir standen gegenüber dem Reiz der Sozialdemokraten vor der Frage einer Regierungsbildung mit dem Zentrum und der Demokratie. In dieser Zusammenlegung hat sich denn auch die Regierung gebildet, und zwar als Minderheitsregierung. Solange indessen nicht die Gefahr besteht, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien nach links ausweichen, und wenn die Deutschnationalen ihre Aufgabe in dem Sinne erkennen, wie ich es vorhin angeführt habe, so kann diese Minderheitsregierung einen langen Bestand haben. (Sehr richtig.) Vorläufig liegt eine Regierungsbildung seit von einigen Monaten hinter uns. Es wäre töricht, zu leugnen, daß eine große Zufriedenheit mit dem neu geschaffenen Regierungszustand nicht besteht. Auch die Kritik innerhalb unserer Partei ist stark. Ich gebe deshalb auf einige Punkte ein, die besonders kritisiert werden. Einmal die Zusammenlegung der neuen Regierung nach der persönlichen Seite. Gewiß kann Kritik angelegt werden. Aber man sollte doch einmal das Kabinett Müller mit dem jetzigen Kabinett in Vergleich stellen. Dann wird man sofort erkennen, daß wir doch in Bezug auf die sachmännliche Befähigung der Regierung und auf führende Persönlichkeiten einen Schritt vorwärts gekommen sind. (Beifall, sehr richtig.) Wenn man das Auswärtige Amt aus dem Reich der Richter herausgenommen hat, so ist das ein Fortschritt, den sich die Deutsche Volkspartei mit großer Freude darstellt. Auch in der Beziehung des Reichsjustizministeriums ist doch der Gedanke der sachmännlichen Befähigung zum Ausdruck gekommen. Die führenden Männer des Wirtschaftslebens sind allerdings in dem neuen Kabinett vernachlässigt worden. Das Bedauern darüber teile ich vollkommen, aber die Partei ist daran schuldlos. Angesichts der unklaren und gefährlichen Lage des deutschen Wirtschaftslebens wollte die Industrie ihre führenden Männer nicht hergeben. Ich bedauere, wie gesagt, diese Zurückhaltung der Industrie, und muß bekennen, daß unsere Arbeit dadurch erschwert worden ist. In der Politik kann man sich nicht vertreten lassen, sondern da muß jeder selbst tätig mitwirken.

In der

auswärtigen Politik
Ich Dr. Stresemann keine Möglichkeit für die kontinentale Politik auf der Grundlage des Zusammengehens zwischen Frankreich und Deutschland; denn Frankreich habe bisher nur den Willen gezeigt, Deutschland zu verlernen. Er zog einen Vergleich zwischen den Verhältnissen, die Frankreich 1806 bei der Austreibung Napoleons erleiden hatten, und seinen jetzigen Verhältnissen. Es handelte sich nicht mehr allein um den Friedensvertrag von Versailles, sondern um die Frage, ob das Deutsche Reich erhalten bleibe. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt auch die preussische Frage ein anderes Aussehen. Preußen könne nur dann im Reich bestehen, wenn man wüßte, daß das Reich in seiner Stärke unvermindert aufrechterhalten bleibe. Die transsylvanischen Staatsmänner hätten mit Sorge der zukünftigen Entwicklung der europäischen Verhältnisse entgegen, und deshalb müßte man damit rechnen, daß Frankreich ernstlich beabsichtige, Deutschland zu zerstören. Aus diesem Zusammenhang heraus zog Dr. Stresemann Folgerungen für unsere Stellung zu anderen Mächten. Auf dem großen Gebiet der

Wirtschaftspolitik

suchte der Redner auf das Konto der neuen Regierung den Abbau der Zwangswirtschaft und die teilweise Aufhebung der Ausfuhrverbote. Den Gedanken einer Wirtschaftsbank, den der Reichswirtschaftsminister vertritt, hielt er einer durchaus nichteren Erwägung für wert, dagegen fand der Gedanke des Abbaus der landwirtschaftlichen Zwangswirtschaft nicht den Beifall von Dr. Stresemann an die Landwirtschaft die Rechnung, nimmere auch in der letzten Wirtschaft mahnhaken; diese Rechnung richtete er aber auch in ersten und einleitenden Worten an Handel und Industrie. Sie seien aus den gefundenen Bahnen herausgeschleudert worden; denn manchmal würde nicht mehr vernünftig kalkuliert, sondern Konjunkturpolitik getrieben. Höre das nicht auf, so komme man auch nicht zu einem Abbau der Preise, und die ungeunden Konjunkturgewinne würden zu Schritt-

machern der Sozialisierung. Das müsse man um so mehr betonen, als die Partei der Sozialisierung abledend gegenüberstehen insofern, als sie sich eine Festsitzung oder Ausübung der privaten Initiative zum Ziel setze. Andererseits trat der Redner einseitig für eine Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Arbeitsertrag und eine Beteiligung des Reichs an übermäßigen Gewinnen ein, warnte aber vor Experimenten, durch die die Initiative der Führer der Unternehmungen verflümmert werden könnte. Als weiteren Erfolg der neuen Regierung bezeichnet er die Befestigung der Nebenregierung der Eisenbahner und die parteipolitisch neutrale Durchführung der Entwaffnung. Am meisten befreite die Reichspolitik der unerträglichen Gegenmaßnahmen der preussischen Regierungspolitik. Es sei leidtraglich, daß das Zentrum und die Demokraten sich in Preußen nicht dazu verstehen könnten, die Auflösung der preussischen Landesversammlung zu betreiben. Diese müsse in den Mittelpunkt gestellt werden; denjenigen aber, die sich dagegen aussprechen, müsse man die Verantwortung für all das zuschieben, was daraus erwachse. Die Partei werde jedenfalls den Kampf nicht aufgeben. Auf diesen Standpunkt stelle man sich später nach längerer Debatte, an der insbesondere die Mitglieder der preussischen Landesversammlung, Gornich und v. Richter teilnahmen, ein. Dr. Stresemann sah sich wie folgt zusammen: Die politische Lage ist so, daß wir innerlich wie äußerlich mit den schwersten Belastungen zu rechnen haben. Ob die Sozialdemokratie sich von der alten Oppositionspolitik abwenden und sich zur Notwendigkeit einer haushaltenden Politik bekennen wird, steht dahin. Tut sie es nicht, so müssen die Gegenkräfte immer größer werden. Demgegenüber kann unsere Politik nur die sein: Staatsautorität und Festigkeit auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch vernünftiges Verhalten in sozialen Fragen. Beides muß miteinander gehen. Als Ziel, wie Weiskopf es tut, die Hinderdrängung der Sozialdemokratie zu einer Widerstandsopposition hinzustellen, lehne ich ab. Unser Ziel wird die

Veröhnung aller Schichten des deutschen Volkes

sein müssen. Daß die Waffe national denkt, hat sie 1914 bewiesen und hat sich auch in den Abstimmungsgebieten aufs neue gezeigt. Heute sieht die Sozialdemokratie unter dem Druck ihrer Führer im Reich erneut außerhalb der Verantwortung. Damit ist die Erörterung über den Zutritt der Sozialdemokratie zur Regierung von unserer Seite aus erledigt. Innerhalb der Regierungsparteien im Reich besteht Uebereinstimmung bezüglich der Aufrechterhaltung der jetzigen Koalitionspolitik. Eine Zerstörung dieser bürgerlichen Front durch Ausschließen einer bürgerlichen Partei aus ihr wäre ein politisches Unglück. So schwer die Belastung der Partei durch eine Politik der Kompromisse ist, so muß sie doch im Interesse des Ganzen getragen werden. Mit einem Ausdruck des Vertrauens in die heranwachsende deutsche Jugend schloß Dr. Stresemann seine Rede, die den lebhaftesten Beifall des Zentralvorstandes fand.

In der Aussprache

nahm zuerst der heftige Landtagsabgeordnete Dr. Dingeldey das Wort. Der große Sieg, den wir erlitten haben, bringe auch die Gefahr einer Entfremdung der inneren Gesellschaft mit sich. Dieser Gefahr gelte es rechtzeitig zu begegnen. In der Frage der Regierungsbildung sind wir darin alle einig, daß das Ergebnis kein anderes als die jetzige Koalition sein konnte. Aber wir geben auseinander in der Beurteilung des Weges, der bis zu diesem Ziel gegangen worden ist. Wir haben Zentrum und Demokratie zwingen müssen, öffentlich vor dem ganzen Lande festzustellen, daß sie mit den Deutschnationalen keine Regierung bilden wollten. Unsere Vertreter in der Reichsversammlung der tatsächlichen Bedeutung ihrer Handlungen abhandeln gekommen. In der Außenpolitik vermissen wir die Festigkeit der Regierung, an das Herz zu appellieren und das Mißgeschick des ganzen Volkes mit unsern notleidenden Brüdern in Oberschlesien wahrzunehmen. Wir freuen uns, daß mit Herrn Dr. Scholz ein so energisches und befähigtes Persönlichkeits an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums gekommen ist, aber wir brauchen ein festes Programm. Wir müssen auch uns dagegen wenden, daß der habamitische Ausschuss die offenbar unrichtigen Nachrichten verbreitet, denn wir können uns nicht denken, daß unsere Vertreter im Kabinett die Erbschwerer Steuererleichterung denken wollen, wie man das einer Woffmeiung entnehmen mußte. Wir haben diese Gesetzesmaterie gründlich befaßt und tun das auch heute noch. Wir müssen Vorkehrungen gegen eine Wiederholung solcher Vorfälle treffen. Wir verlangen weiter, daß wir baldige Reueahmen in Preußen auch durchsetzen. Auch der Reichsstandesrat unserer Partei muß besser funktionieren. Gegenüberhalten müssen die Landesvorstände vertraulich informiert werden.

Wirtschaftsminister Dr. Heine: Gegenüber dem Einwand, daß wir Zentrum und Demokratie bei der Regierungsbildung nicht gezwungen haben sollen, Farbe in der Frage ihrer Stellung zu den Deutschnationalen zu bekennen, sei darauf hinzuweisen, daß doch alles vor der Deffinitivität vollständig festgestellt war. Es werde auch von Zentrum und Demokratie gar nicht bestritten, daß sie nicht bereit waren, mit den Deutschnationalen in eine Regierung einzutreten. Man wolle sich auch darüber klar sein, daß die sozialdemokratische Opposition bei einem Eintritt der Deutschnationalen die größte Schärfe angenommen hätte. Die sozialistischen Parteien hätten sich in den Angriffen auf die Regierung gegenständig überboten. Das sei bei der absehenden Haltung gegenüber dem Eintritt der Deutschnationalen mit in Betracht gekommen. Der Sinn des Beschlusses des Kabinetts in der Steuerpolitik sei nicht unsere Billigung der Erbschwerer Steuererleichterung gemeint, sondern die Feststellung, daß an der Befreiung des Betriebes nicht geändert werden kann. Eine einmalige Befreiung der Gewerke werde davon nicht berührt. Ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm sei vollauf notwendig. Er persönlich sei ein Gegner von Programmen, aber ein Freund des Handelns. Handlungen liegen aber auf wirtschaftlichem Gebiet vor. Er wolle nur auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Handhabung der Ausfuhrverbote hin. Das seien fundamentale Maßnahmen, die anerkannt werden müßten. Auch ohne Programm werden weitere Taten folgen. Was die Reueahmen in Preußen anlangt, so habe das Reichskabinett seinerseits darauf hingearbeitet, daß die Wahlen bald stattfinden, aber die Wirkungsmöglichkeit des Reiches sei begrenzt. Es sei Sache der Parteien und des preussischen Volkes, die Forderung durchzusetzen. Wir werden künftig unsere Handlungen in besonderen dringlichen Fällen, wie sie im Lande wüchsen und werden nicht verhehlen, auch für nötige Aufklärung und richtige Beurteilung unserer Maßnahmen zu sorgen. (Beifall, Beifall.)

Die Aussprache endigte mit dem

einmütigen Beschluß,

sich der Kundgebung, die von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar zur politischen Lage gefordert worden ist, anzuschließen.

Oberschlesien.

Es erfolgte eine eingehende Besprechung der ober-schlesischen Frage, wozu die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Veidig Referate erstatteten. In den Ausführungen beider Redner kam der außerordentliche Ernst der Lage in Oberschlesien zum Ausdruck. Eingehend behandelt wurde die Frage der Autonomie, wobei sämtliche Diskussionsredner sich mit der preussischen Landtagsfraktion auf den Standpunkt stellten, daß die Verleihung der bundesstaatlichen Autonomie an Oberschlesien unter Durchbrechung des Artikels 18 der Reichsverfassung schlimme Rückwirkungen haben müsse und deshalb abzulehnen sei.

Die Aussprache über Oberschlesien schloß mit der Annahme folgender

Kundgebung:

„Der in Hannover am 5. Oktober 1920 verfallene Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei sendet den um ihre Heimat und die Zugehörigkeit zu Deutschland bitter kämpfenden Oberschlesier treue Grüße mit dem Gebets, daß die Deutsche Volkspartei dauernd mit Wort und Tat für die freie, ungehinderte und ungehinderte

Kundgebung des wahren Willens der Abstimmungsberechtigten eintreten wird.

Die Deutsche Volkspartei wird alle Reize und Sorgfalt aufwenden, um den in Deutschland zerstreuten Oberschlesier die Macht einzuimpfen, ihrer Heimat in schicksalsschwerer Stunde beizustehen, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe. Sie versichert, daß sie gegen polnische Ansprüche und Bergemäntigung dauernd auf der Wacht stehen, die weiteste Deffektivität in allen Ländern, über den beschlagnahmten Besitz ausüben und niemals des deutschen Volkes Recht auf das Deutsche, von Jahrhunderte langer schmerzlicher Arbeit jugende Oberschlesien aufgeben wird. Oberschlesien, hellet am Reiche fest. Wir lassen Euch nicht, wie schon zu Euch. Leue um Leue. Oberschlesien wird und muß durch die Abstimmung deutsch bleiben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Vorbereitung der preussischen Landtagswahlen.

Inbezug auf die Festsetzung des Parteitagestages beschloß der Zentralvorstand, die Ansetzung des Termins dem Geschäftsführenden Ausschuss zu überlassen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die Sitzung des Zentralvorstandes wurde geschlossen.

Oberschlesien.

Neue Bergemäntigung.

m. Paris, 7. Okt. (Pr.-Tel.) Die der Temps mitteilt, ist in Paris eine Abordnung des polnischen Verteidigungsausschusses von Oberschlesien eingetroffen, der auch ein Deutscher angehört, und zwar ein Vertreter der ober-schlesischen Volkspartei. Dieser Ausschuss wolle vom Völkerverband verlangen, daß der Vertrag von Versailles in einem wesentlichen Punkt abgeändert werde. Es soll nämlich den außerhalb Schlesiens wohnenden Oberschlesiern das Recht zur Teilnahme an der Volksabstimmung einzog werden. Der Temps sagt, es handle sich um 350 000 Oberschlesier.

□ Berlin, 7. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Seit gestern früh ruht in Oberschlesien der gesamte Güter- und Personverkehr von Kattowitz. Auch die Einstellung des Personenverkehrs ist beabsichtigt, wenn nicht die sofortige Freilassung des von den Polen oder Franzosen verschleppten Vorsitzenden des Reichsverbandes der Eisenbahner im Kattowitzer Bezirk, des Eisenbahnmaterialeisen-Bewachters Görlich erfolgt. Görlich wurde am Dienstag nachmittag verhaftet und verschleppt. Nachträglich hat es sich herausgestellt, daß er von der interalliierten Kommission verhaftet worden ist. Dann wurden Verhandlungen eingeleitet und nach kurzen Beratungen gestern nachmittag der Betrieb wieder aufgenommen. Bei dem Vorgehen gegen Görlich hat man es mit einem Plan der Polen zur Befestigung der ober-schlesischen Gewerkschaftsführer zu tun, die für die kommende Abstimmung unschädlich gemacht werden sollen. Man will vornehmlich die Eisenbahner in polnische oder französische Hände bekommen, um so die heimattreuen Oberschlesier von der Abstimmungsfahrt abhalten zu können.

Deutsches Reich.

Das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenablieferung.

Berlin, 6. Okt. (WB.) In der heutigen Sitzung des parlamentarischen Beirats gab der Reichskommissar für die Entwaffnung, Peters, Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenablieferung. Bis den 10. ersten Ablieferungstagen wurden abgegeben: 123 000 Gewehre und Karabiner, 913 Maschinengewehre, 239 Maschinepistolen, 17 Geschütze, 11 Minenwerfer, 13 Flammenwerfer, 3 600 000 Schuß Handwaffenmunition, 14 931 Hand- und Gewehrgranaten, 111 000 Handgranatengürtel und Sprengpatronen, sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter Geschützrohre, 76 Geschützgeschosse, 151 Richtrohrpatronen, 3500 Maschinengewehrpatronen, 4850 Maschinengewehrpatronen, 19 900 Gewehr- und Karabinerpatronen und 19 300 Schloßer.

Das Defizit der Reichseisenbahnverwaltung.

Berlin, 6. Okt. (WB.) Amittag. Durch die Presse geht die Nachricht, daß das Defizit der Reichseisenbahnverwaltung für das Geschäftsjahr 1920 sich auf 23 bis 25 Milliarden Mark belaufe und im Rechnungsjahr 1921 sogar die Höhe von 40 Milliarden Mark erreichen soll. Diese Angaben sind völlig unzutreffend. Nach den abgeschlossenen Etatsarbeiten für 1920 beziffert sich der Betrag der Reichseisenbahnverwaltung auf rund 14,4 Milliarden. Hieran tritt noch der Bedarf an außerordentlichen Haushaltsmitteln von etwa 2 Milliarden, jedoch der Zuschussbedarf der Reichseisenbahnverwaltung für das Haushaltsjahr 1920 im ganzen etwas über 16 Milliarden betragen wird. Für die Beurteilung des Finanzabschlusses im Rechnungsjahr 1921 liegen zur Zeit zahlenmäßige Feststellungen nicht vor, es kann aber nach nicht gesagt werden, wie sich der Etat für dieses Jahr gestalten wird. Soweit steht aber fest, daß von einem Defizit von 40 Milliarden überhaupt keine Rede sein kann. Das Defizit der Reichseisenbahnverwaltung geht dahin, im Gegenteil schon das Defizit des laufenden Jahres in Höhe von 14,4 Milliarden wesentlich herabzumindern.

Freika und der Reichspräsident.

München, 6. Okt. (WB.) Heute nachmittag fand vor dem Schwurgericht I die Verhandlung gegen den Münchener Schriftsteller Friedrich, genannt Freika, wegen Verleumdung des Reichspräsidenten statt. Der vom Staatsanwalt erhobenen Anklage hatte sich der Reichspräsident als Nebenkläger angeschlossen. Die beteiligten Zeugen sind in einer Sondernummer des politischen Blattes Phosphor enthalten, die der Angeklagte verantwortlich herausgab und das unmittelbar nach den Reichstagswahlen sein Erbschein einreichte. Freika hatte nach der Anklage in der Sondernummer, die sich ausschließlich mit dem Reichspräsidenten und seinem Privatleben befaßt, den Präsidenten der Trunkenheit, des Besuchs unwürdiger Solais und der Beleidigung beschuldigt. U. a. habe der Angeklagte darauf angedeutet, daß der Reichspräsident fändiger Besucher einer verachteten Nachbar sei. In der Beweisnahme konnte der Angeklagte für seine Behauptungen keinerlei Beweise beibringen. Er hatte auf die Antwort von Zeugen überhaupt verzichtet. Dagegen wurden durch die Zeugen des Nebenklägers, Ministerialdirektor Reimer, Leiter des Büros beim Reichspräsidenten und Hausinspektor Raitz sowie durch den Geschichtsführer der Coblenz. War die vollständige Haftlosigkeit der Behauptungen dargelegt. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Zahn, rief deshalb dem Angeklagten, durch eine unumwundene Erklärung seine Barmherzigkeit mit dem Ausdruck des Bedauerns anzunehmen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Nachdem der Angeklagte diese Erklärung abgegeben hatte und ausdrücklich hervorhob, daß er sich von der vollständigen Haftlosigkeit der Behauptungen nicht abmachte, sondern der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Conrad Haushmann, daß der Reichspräsident nur seine bürgerliche Ehre haben schätzen wollen und im öffentlichen Interesse habe schätzen müssen. Nachdem dies durch die Beweisaufnahme feststeht und durch die Erklärung des Angeklagten wolle der Reichspräsident den Grundhof abwaschen lassen, Cayten dürfen nicht geneuert werden. Er nehme die Anklage daher zurück und schenke dem Angeklagten die Strafe. Das Gericht beschloß hierauf die Einstellung des Verfahrens.

□ Berlin, 7. Okt. (Von unsem. Berl. Büro.) Die „Deutsche Zeitung“ behauptet, daß die von der Republik nachträglich verliehene Zahl der Ehrenkreuze, die Aolr der Kreuze, welche im Kriege verliehen worden sind, überschritten habe.

Aus Stadt und Land. Kommunalverband Mannheim-Land.

Ueber die jüngste Sitzung ist folgendes mitzuteilen: Der vom Ministerium des Innern bezugl. dem Herrn Landeskommissar dem Ausschusse gemachte Vorschlag wegen Gewährung einer einmaligen Vergütung an die Vorsitzenden der ländlichen Kommunalverbände für ihre Tätigkeit als Leiter und zwar für die Zeit vom 1. Februar 1915 (Beginn der Zwangswirtschaft) bis 15. August 1920 (Ende des Wirtschaftsjahres 1919/20) wurde zur Kenntnis genommen und eine einmalige Vergütung in Höhe von 12.000 M für die ganze Zeit ausgesetzt. Der Beschluß vom 23. Juli 1920 (angeordneter Zwiembadzwang) wurde aufgehoben und den Bezugsberechtigten freigestellt, wahlweise Zwiembad oder Zwiembadmehl für Kinder unter 2 Jahren zu beziehen. Die Gemeinden wurden außerdem ermächtigt, über die Herstellung einer erforderlichen Zwiembadmehlmengemehrere Anordnungen selbst zu treffen. Von einer Eingabe der Dreifachgenossenschaft Sodenheim wegen der festgelegten Dreifachmehlwerte wurde Kenntnis genommen und diese als erledigt betrachtet, weil seitens der Gemeinde Sodenheim mit der Dreifachgenossenschaft schon geeignete Vereinbarungen getroffen wurden. Die fr. Zt. festgelegten Dreifachmehlwerte, die im Sitzungsbericht vom 23. Juli bekanntgegeben wurden, bleiben für den Ausdruck in der Gemeinde Sodenheim auch weiter für die Dreifachgenossenschaft maßgebend. Eine Eingabe der Gemeinde Ladenburg, die sich auf den Preisabbau der vom Kommunalverband überwiegenen Waren bezog, wurde mit Rücksicht auf die in der Preisabbaufrage rüchläufige Bewegung als überholt bezeichnet.

Zu der Frage der Kartoffelversorgung der eigenen Bevölkerung hat der Ausschuss eingehend Stellung genommen und ist zu der Überzeugung gelangt, daß jetzt bei der aufgehobenen Bewirtschaftung der Kartoffeln die Verbraucher selbst für ihren Bedarf zu sorgen haben. Um jedoch für Unbemittelte usw., die sich ihren Kartoffelbedarf für das ganze Jahr nicht einkaufen können, die Versorgung sicherzustellen, wurde den Gemeindeverwaltungen empfohlen, wegen Belieferung bezugl. Versorgung dieser Verbraucher mit den erzeugten entsprechenden Vereinbarungen zu treffen. Von dem vom Ministerium des Innern vorgeschlagenen neuen Milchlieferungsverfahren, das die Belieferung der Zwangswirtschaft der Milch in freier Form vorbereiten soll, wurde Kenntnis genommen und den Gemeindeverwaltungen empfohlen, im Benehmen mit den Vertretern der Milchwirtschaft zu bestimmen, ob die Abschließung von Milchlieferungsverträgen mit den einzelnen Milchhaltern auch für unseren Bezirk Anwendung finden soll. Bezüglich der Belieferung von dem Kommunalverband für die Milchlieferung an Frankreich und Belgien erworbenen Tieren wurde aus der Mitte des Ausschusses und zwar aus der Reihe der landwirtschaftlichen Vertreter eine Kommission zwecks Beschaffung der Tiere und Festlegung des Verkaufspreises bestimmt. Zur Verhinderung einer mündlichen, im Auftrage der Kolonialwarenhändler Sodenheims vorgetragenen Beschwerde wegen direkter Abgabe von rationierten und nicht rationierten Waren erklärte sich der Ausschuss nicht zuständig.

Schlesier-Verammlung.

In der jüngsten Monatsversammlung der Landesgruppe Baden-Pfalz der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier, die im Mannheimer Heimatreue-Verein, Herr Ingenieur Willmski, einen interessanten Bericht über die am 18. und 19. September in Breslau stattgefundenen Sitzung der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier. Nach der Begrüßung der Erscheinenden durch den Vorsitzenden, Herrn Generaldirektor Müller, sprach Herr Amtsgerichtsrat Dr. Praxsowski, der Leiter der Bauhüter Ortsgruppe, über den Ausbau der Organisation im Reich. Der Redner stellte fest, daß im Reich eine Anzahl Vereine (Schlesier-Vereine) gegründet worden sind, welche mehr dem Vereinsgedanken huldigen und nicht auf das eigentliche Thema der Erhaltung Oberschlesiens eingehen. Aus den Reihen aller Vereine muß einmündlich hervorgehen, daß die Vereinigten Verbände den Hauptzweck, Vereinigte Verbände heimatreuer Oberschlesier zu führen haben, dem die Ortsgruppen (s. B. Ortsgruppe Mannheim) anzuschließen ist. Die Leitung der Landesgruppen ist mit allen Nachvollkommenheiten ausgestattet und hat nur der Zentrale Rechenschaft abzugeben. Die Bezirksgruppen, eine lediglich bürokratische Einrichtung, unterstehen der Landesgruppe. In der Ortsgruppe konzentrieren sich die Ziele und Bestrebungen der Vereinigten Verbände. Alle Ortsgruppen erhalten von den Bezirksgruppen die notwendigen Anweisungen. In Mannheim besteht eine Landesgruppe, Bezirks- und Ortsgruppe. In der Ausdrucksüber den Vortrag wurde die Bildung von Presseauschüssen vorgeschlagen. Herr Willmski konnte die Mitteilung machen, daß das Mannheimer Agitationsbüro bereits die Pressepropaganda in sein Arbeitsgebiet eingeleitet hat. Ferner wurde die Errichtung von Agitationsbüros angeregt. Für 30-40 Mitglieder ist in den Ortsgruppen ein Obmann zu wählen, welcher die Interessen der Mitglieder beim Vorsitzenden der Landesgruppe zu vertreten hat. Diese Obmänner bezugl. Vertrauensleute werden alle 14 Tage zu Konferenzen zusammenberufen, um mit dem Landesgruppenleiter zu verhandeln. Ferner sind Abwehr-Kommissionen zur Bekämpfung zu bilden. Bei der Besprechung der Grenzgebiete hat Herr Willmski den Standpunkt vertreten, daß die dem Schutzbund vereinbarungsgemäß zufallende Hälfte nur dann nach Berlin ab-

geführt werden sollte, wenn die Gelder für die obersteinständige Abstimmung verwendet werden.

Herr Hauptmann von Flotow sprach alsdann über Kartoffelangelegenheiten. Von allgemeinem Interesse ist, daß die Abstimmungsberechtigten unbedingt am Orte der Abstimmung ihren Wohnsitz nehmen müssen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie an einem anderen Orte wohnen und erst zur Abstimmung hinfahren, weil keine Gewähr dafür besteht, daß tatsächlich eine Verbesserung möglich ist. Es werden nach Möglichkeit Wohnquartiere in Anspruch genommen. Es wird aber auch nötig sein, daß Säle, Säulen usw. zu Wohnquartieren eingerichtet werden. In der Radmissionskammer berichtete Herr Major Schmoedel über den Transport. Die tollste Beförderung erfolgt nur auf Abstimmungsfahrplänen. Nicht Stimmberechtigten haben keinen Anspruch auf einen derartigen Fahrplan. Die Fahrpläne werden von dem Landesgruppenleiter ausgestellt. Da der Tag der Abstimmung noch nicht bekannt ist, jedoch mit der Drucklegung der Fahrpläne bereits begonnen werden mußte, wurde für die Rückreise des Nachmittags ein Fahrplan ausgestellt, wie es bereits bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen angewandt wurde. Der Nachtzug „A“ bedeutet den Abstimmungszug selbst. „D“ den ersten Tag nach der Abstimmung, „B“ den zweiten Tag und so fort bis „F“ als zwölfter Tag nach der Abstimmung. Wegen der Abstimmungsbedürftigkeit des öffentlichen Verkehrs besteht die Überlegung in eine höhere Wagenklasse gestellt gegen Entrichtung der tarifmäßigen Zuschläge. Fahrunterbrechungen sind auf der Hin- und Rückfahrt je einmal gestattet mit folgenden Einschränkungen: Auf Sonderzugstrecken darf die Fahrt während der Unterbrechungsstation unterbrochen werden. Bei der Hinreise bedeutet „A“ den 12. Tag vor der Abstimmung, „B“ den 11. Tag usw. bis zu „F“ (Abstimmungstag). Oberschlesien wird eisenbahntechnisch in sechs Gruppen eingeteilt. Gruppe 1 umfaßt die Kreise Namslau, Rosenberga, Kreuzburg, Lublitz und Larnowitz, Gruppe 2 die Kreise Oppeln-Stadt, Oppeln-Land, Gr. Strehlitz und Loh-Strehlitz (nördlich der Nodniz), Gruppe 3 die Kreise Neustadt, Rokit und Loh-Strehlitz (südlich der Nodniz), Gruppe 4 die Kreise Neudorf, Rottwitz, Königsbrunn, Beuthen-Stadt und Beuthen-Land. Die letzte Gruppe 5 kann von allen Gruppen erreicht werden. Es kann wie bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen vorkommen, daß Eisenbahnen getrennt fahren, da die Hübe ohne Umleitung direkt in das Heimatgebiet gefahren werden. Es wird jedoch nach Möglichkeit dafür Sorge getragen werden, daß eine derartige Trennung vermieden wird. In die Stimmberechtigten werden Vorschläge ausgearbeitet, die bei Gruppe 1 weiß, bei Gruppe 2 rot, Gruppe 3 gelb, Gruppe 4 blau und Gruppe 5 grün sind. Auf diese Weise wird der Kreis aufgeteilt, in den der Abstimmungsbedürftige fahren will. So wird die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Erzielung der Zustimmung erleichtert. Für jeden Sonderzug werden ein Transportführer und mehrere Zugordner bestimmt. Die an weite Entfernungen fahrenden sind im Besonderen gekennzeichneter Stuhlbüchse und der Vereinigten Verbände sein müssen. Die zur tollsten Beförderung berechtigenden Fahrpläne treten am Tage der amtlichen Bekanntgabe des Abstimmungsplans in Kraft und endigen am 23. Tage der Abstimmung. Auf allen Bahnstrecken wird ein Bahnhofs-Hilfsdienst eingerichtet. Es werden täglich 16 Sonderzüge fahren.

Herr Kurt Geisler machte Mitteilung über den Hilfsdienst. Ueber die Beträge, die die unterstützungsbedürftigen Oberschlesier erhalten, sind eingehende Entscheidungen noch nicht getroffen. Um aber diese Quote nicht zu niedrig werden zu lassen, hat sich Herr Willmski entschlossen, am kommenden Sonntag eine Sammlung mit Genehmigung des Deutschen Schutzbundes zu veranstalten, deren Erträgnis bei der Dresdener Bank eingezahlt wird und zur Hälfte in Mannheim bleibt. Die Ausschaltung der Unterstützung soll nach Möglichkeit erst nach der Abstimmung erfolgen, es wird jedoch in dringenden Fällen nicht zu unterlassen sein, daß Vorkasse gezahlt werden. In der Sonntagskammer wurde die Organisation im Reich besprochen, die in Schlesien selbst auf einer außerordentlichen hohen Stufe steht. Auch in Mannheim befindet sich nunmehr ein Agitationsbüro, welches von Herrn Willmski geleitet wird. Bürovorstand ist Herr Herrmann Roos, M. S. 11. Der Landesgruppe Baden-Pfalz wurde die Patenschaft der Stadt Ober-Hogau angeboten. Der Rote hat u. a. die Aufgabe, die Minderheiten durch die Presse für die Stadt zu interessieren, Vorträge usw. zu veranstalten und Bekannte zu finden. Eine definitive Entscheidung über die Patenschaft ist noch nicht getroffen.

Die Ausführungen des Herrn Willmski wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und durch lebhaften Beifall ausgezeichnet. Herr Dr. med. Königssfeld, der Vorsitzende der Freiburger Bezirksgruppe, richtete eine anerkennende Ansprache an die Versammlung, in der er die Überzeugung Ausdruck gab, daß das Abstimmungsereignis in Oberschlesien sich genau so abspielen wird wie in Ost- und Westpreußen gestaltet werde. Einigkeit und Recht und Freiheit — die Worte des Deutschlandliedes, müßten das Banner für die Oberschlesier sein. Die landesmännliche Opferfreudigkeit zeigte sich wieder, als Herr Willmski eine Teilerkennung für eine arme Oberschlesierin vorkam, der in Euphrat in der Pfalz das Häuschen abgebrannt ist. Jeder feuerte sein Scherzlein bei und so konnte der Landesmann ein ansehnlicher Beitrag übermittelt werden. Nach der Wahl der Vertrauensleute, die dem in der Breslauer Zentralversammlung Befehlshaber entsprechend vorzunehmen war, wurde der geschäftliche Teil verlassen und dem rührigen Vereinigungs-Kommissionär, Herrn Bauer, die Leitung übertragen. Viel Spott machte der Einakter „Ein ruhiges Heim“, der von den Herren Roos und Godeck jr. und den Damen Trudel und Maria Willmski flott und sicher gespielt wurde. Frau

Kramh und Herr Godeck jr. desamieren wirkungsvoll, während Frau Brailch und Frau Rießig mit vorzüglichen Wiederholungen aufwarten, die von Herrn Heißig feinfühlig begleitet wurden. So verlief der Abend wieder recht stimmungsvoll und anregend. Sch.

Ein Frauen Sonntag.

Der evang. Oberkirchenrat hat am samstäglichen Geistliche die Aufforderung gerichtet, auch in diesem Jahr wieder einen Frauen Sonntag abzuhalten. Der evang. Frauenverband für innere Mission, der den Frauen Sonntag angeregt habe und seine Durchführung betreibe und der eine evang. Frauenberufsschule für kirchliche und soziale Arbeit in Freiburg betreibt, ersucht die Geistlichen um Hilfe zur Durchführung seiner Aufgaben. Der Frauen Sonntag soll, wie mitgeteilt, am 2. Advent-Sonntag abgehalten werden. Am 3. Advent-Sonntag soll eine Kirchensammlung erhoben werden, deren Erträgnisse dem obengenannten evang. Frauenverband zufließen. X

Ernannt wurden Ministerialobersekretär Adolf Dürer beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Vorstand der Zentral-Kraftsüberwachungs-Kommission, sowie Kassier Emil Duffing bei der Verwaltung des akademischen Krankenhauses in Heidelberg zum Ministerialsekretär beim Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Der Jubrang zum Studium der evang. Theologie hat so stark zugenommen, daß der evang. Oberkirchenrat bei weitem nicht in der Lage ist, alle Kandidaten zu verwenden. Von einer Zusammenfassung der kleinen Pfarrgemeinden von 150, 200, 300 und 400 evang. Seelen, deren Pastoration einen Geistlichen nur ungenügend beschäftigen kann und deren Bereinigung sowohl im Interesse der Geistlichen selbst liegen dürfte als auch für die Interessen der Bevölkerung wünschenswert wäre, kann bei dem jetzigen starken Jubrang zum theol. Studium keine Rede sein. Im laufenden Jahre beträgt die Zahl der aufgenommenen Pfarrkandidaten 33, während man jährlich kaum 20 Kandidaten braucht. Die Ausschichten, die schon vorher nicht genügend waren, haben sich infolgedessen noch viel ungünstiger gestaltet.

Wiederaufnahme der Spinnkurse. Da in diesem Jahre wieder mehr Flach und Hanf gebaut wird, hat der Badische Frauenverein seine Zweigvereine aufgefordert, die früher zahlreich und unter den heutigen Verhältnissen überaus nützlichen Spinnkurse im bevorstehenden Winter wieder aufzunehmen.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert am morgigen Freitag Herr Bademeister Georg Schneider mit seiner Gattin Elisabeth geb. Beck. Herr Schneider hat sich Obermeister der Badischen Bauvereine mit Kadet und Sachverständigen für die Interessen seiner Berufsgenossen eingesetzt und darüber hinaus als Vorstandsmitglied der Handwerkskammer sich immer als ein würdiger Vertreter des Handwerks bewährt. Wir erinnern weiter daran, daß er schon lange Jahre dem Bürgerausschuß angehört und in Sangerkreisen als Vorstandsmittglied der Mannheimer Liedertafel eine beliebte Persönlichkeit ist. Beide Kreise werden sich deshalb mit uns in dem Wunsche vereinigen, daß Herrn Schneider an der Seite seiner treuherzigen Gattin noch recht viele Jahre beschieden sein möchten.

Parteinachrichten.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heute abend 8 Uhr im großen Saale des Ballhauses auf Veranlassung des hiesigen Ortsvereins der Deutschen (liberalen) Volkspartei Reichstagsabgeordneter Otto Hübner, der Vorsitzende des Gesamtverbandes deutscher Angestellten, spricht. Der Ortsverein ist alle national und liberal gesinnten Männer und Frauen zu dem Vortrage herzlich ein. (Weiteres siehe Anzeige.)

Vereinsnachrichten.

Ein hiesiger Landesverband des Reinerebundes ist jetzt gebildet worden. Vorsitzender ist der Vorstand der Freiburger Ortsgruppe Dr. Wegener; als Ortsgruppen unterliegen dem Verbande noch Karlsruhe, Baden-Baden, Weidenberg, Offenburg. In Mannheim und Karlsruhe ist die Bildung eingeleitet. Alle Kartagen in Reinerebunden, auch der neuer Ortsgruppen in Baden, sind an den Vorsitzenden Dr. Wegener, Freiburg, Reichstraße 38, zu richten.

Der Gesangsverein „Aurelia“ Sandhofen veranstaltete am vergangenen Sonntag in der städtischen Turnhalle sein Herbstkonzert, welches einen hohen künstlerischen Verlauf nahm. Unter Leitung des Mannheimer Chorleiters, Herrn Gustav Dauer von Nationaltheater, wurden sämtliche Chorwerke äußerst präzis und musikalisch vorgetragen. Besonders gefiel das vom Reinerebunden, Herrn G. Dauer, komponierte und dem Verein gewidmete „Reinerebundenlied“. Als Solisten waren Fräulein Rosie Janz (Sopran) und Herr Soloharfenist Johannes Stegmann, beide von Mannheim, gewonnen und ernteten auch hier mit ihren auf hoher künstlerischer Stufe stehenden Vorträgen bei dem zahlreich erschienenen Publikum großen Beifall.

Vergnügungen.

Bunter Abend mit Tanzdarbietungen. Die zweite städtische Ribelungen-Jahres-Veranstaltung am nächsten Sonntag ist ein bunter Abend mit Tanzdarbietungen im Kostüm. Unter Anführung an das Programm der „Gesellschaftsgruppe“, mit dem das Nationaltheater im abgelaufenen Spieljahre wiederholt ausverkauft Bormittagsaufführungen ergab, wird auch dieser Bunte Abend einen

Herbstopfer. *)

Der du geheime Schmerzen erst, Des Frühlings Tränen, Des Sommers Sehnen, Behnultrogender, lächelnder Herbst!

Der du dich tausendfach verführst, Ein wechselnd Fröhen Auf deinen Wangen, Glühender und verlassender Herbst!

Der selbst dein Reid du von dir streiff, Zu stolzer Größe Wird deine Blöße, Wenn du zum Tod, zum Winter greiffst.

Friedrich Raff.

Durch Städte und Schlösser in Oberschwaben.

Von Dr. Florian Walde.

II.

(Fortsetzung aus Nr. 440 unfeces Blattes.)

Im Wiberacher Bezirk liegt auf stolzer Höhe in beherrschender Lage über dem Marktflecken das Schloß Wörthausen, ein in den Grundmauern uraltes Schloß, dessen heutige Gestalt auf etwa 1600 zurückgeht. Seinen Schmuck bilden Treppengiebel und adeliche Arkaden an der Hauptfront, mit den Wirtschaftsgebäuden bildet es einen ausgedehnten, mit einem großen Park umgebenen Komplex. Den Besitzer hat es oft gewechselt. 130 Jahre war es Stabionscher Besitz, seit 1829 gehört es den Freiherren von König. Das Schloß beherbergt bedeutende Sammlungen. Die alte Reichsstadt Wiberach hat ihr mittelalterliches Gepräge völlig gewahrt. Von den vier alten Stadttoren steht nur noch das Ulmer Tor, aber Straßenzüge und vor allem der Mittelpunkt der Stadt, der langgezogene Marktplatz, hat noch ganz die Architektur des 15. oder 16. Jahrhunderts. Das hochgiebelige Rathaus, das Patrizierhaus zum Neckblatt und die zum Teil noch aus gotischer Zeit stammende Kirche verdienen besondere Hervorhebung. Vor allem am Weberberg stehen malerische alte Fachwerkhäuser, der hochragende Weiße Turm ist das Wahrzeichen der alten Stadt. Wiberach hat im Reichs-Museum umfangreiche Sammlungen aller Art. Ueber dem Rißleg liegt das kleine, aber sorgsam eingerichtete Wieland-Museum, in dem seit 1906 die Erinne-

rung an Wieland in sympathischer Form gepflegt wird. Des Dichters Ugrophoter war der freien Reichsstadt regierender Bürgermeister, er selbst war 1760-1769 als Senator und Kanzleiwalter in Sibirach angestellt. In seinem Gartenhaus, das er selbst sein Zustulium nannte, dem heutigen Wielandmuseum, widmete er sich dem Studium der italienischen Dichter, vollendete er den Agathon und schrieb Odis und Jenide. Das kleine Haus birgt in den alten Wohnräumen eine Fülle persönlicher Erinnerungen, so den Spielstisch und andere Möbel, zahlreiche Porträts, viele Originalbriefe, eine reichhaltige Wieland-Bibliothek, auch Erinnerungen an die Vorfahren und Nachkommen — u. a. das Wirtschauseinzel zum schwarzen Wären in Wiberach aus der Zeit vor dem Währigen Krieg, als der Ururgroßvater des Dichters Bärenmit war — auch Erinnerungen an Sophie von Ba Roche, den Grafen Stadion-Warthausen und seinen Kreis schätzenswerter Männer und Frauen. Eine hübsche Remise des Dichters steht neben dem kleinen Stadtheater am Fuße des Weißen Turms. Von Sibirach fährt eine Schmalspurbahn nach Ochsenhausen, dessen Kloster an künstlerischer Bedeutung wohl als erstes in Oberschwaben bezeichnet werden darf. Gegen Süden auf einem Hügel liegt das 1099 der Abtei St. Blasien unterstellte Benediktinerkloster, das später eine selbständige Abtei und unter Kaiser Maximilian I. reichsunmittelbar wurde. Die ehemalige Abtei umfaßt einen sehr umfangreichen Bezirk und einen gewaltigen Komplex von Gebäuden. Die Wohlhabenheit der Umgebung zeigt, daß die Bevölkerung unter der Herrschaft des Krummstabes gut lebte. In der dreifachigen Abteikirche entwickelt sich äppige Farbenpracht. Die äußere Überdeckung ist großartig und mächtig zugleich. Auf dem freien Platz vor der Kirche steht eine hohe Mariensäule; an die Kirche schließt sich der schauere Barockbau der ehemaligen Prälaten an, in dessen Innenräumen der überaus reich dekorierte Holzstempel und die prächtigen Holzarbeiten der Renaissance-Türmchen einigartig schöne Sehenswürdigkeiten sind. Die weitestgehenden Klosterbauten aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts sind heute für eine Lehrerschule und ein Waisenhaus eingerichtet. Im Kloster befindet sich ein großer, reich gebaueter Bibliotheksaal.

Der Knotenpunkt Kutenendorf ist der erste bemerkenswerte Ort des Oberamts Waiblingen. Von dort nach Westen dehnte sich die Grafenschaft der Grafen von Königsegg aus. Ihr Schloß in Kutenendorf ist ein umfangreicher Bau aus verschiedenen Zeitepochen. Der ältere Teil ist ein hochaltes Renaissanceschloß mit Treppenturm, Erker und Wappensteinen, und wie viele noch stark an die Ritterburg erinnernd; ein neuerer Teil, der Dorfstraße zu gelegen, hat klassizistische Stil. Die Gebäulichkeit an einem Haus der Hauptstraße erinnert daran, daß der aus dem badischen Kulturkampf bekannte Freiburger Erzbischof Hermann von Wiert in Kutenendorf geboren ist. Das uralte Städtchen Waiblingen, malerisch zwischen zwei Seen gelegen, ist eine der fünf vorberdsterreichlichen

Donausüde und ein Ort, in dem die landschaftliche Lage mit dem allertümlichen Aussehen sich zu einem Gesamtbild von höchster Eigenart vereinen. In der doppeltürmigen Stadtkirche, teils Spätgotik, teils Spätbarock, ist das interessanteste das Grabmal des Truchsessens Georg I. von Waldburg (gest. 1667), dessen Bronzestatuette, in den verschiedensten Künsten der Erbschönung gefertigt, eine Seitenkapelle schmückt. Das Rathaus von 1426, umgeben von alten Bürgerhäusern, mit einer mächtigen Giebelhaube, ist von äußerster Wirkung. Am dem Schloßsee liegt das große Schloß des Fürsten von Waldburg-Wolfegg-Waldsee, ein einfacher Bau mit Rundtürmen, dessen Erdgeschos von Feuer umrannt ist. Dieses schloßartige Herrenschloß, das um 1170 die Waldburg in der Nähe von Ravensburg erwarb, dessen Mitglieder seit 1214 Truchsesse waren und 1525 erbliche Reichstruchsesse wurden, hat weite Teile Oberschwabens besessen und beherrscht. Dies hochragende Schloß von ungeheurer Ausdehnung in prächtiger Lage sind heute noch im Besitz dieser Dynastie, und fast in jedem Ort dieses Landes dokumentieren alle Herrenhäuser und Wirtschauseinzel mit schwarz-gelb gestrichenen Fensterläden die Waldburg'sche Herrschaft. Einer ihrer Stammsitze ist das gemauerte Schloß in Woffegg, um 1580 gebaut, ein massiger, quadratischer Bau, der nach dem Währigen Krieg wieder hergestellt wurde. Besondere hübsch sind in Woffegg die Beamtenhäuser; hervorragend ausgestattet ist der Innenraum der Schloßkirche. Der langgestreckte Hofgarten erstreckt sich in dem kleinen Ort heute noch den Residenzcharakter. Im Schloß befindet sich der berühmte, riesige Ritteraal, aber der Eingang wird verwehrt. Hat man den schroten Woffegg zum Portal zum Schloßhof plötzlich postiert, so erklären die fürstlichen Diener, die Beschäftigung des Ritterkaales könne nicht mehr gestattet werden. So verständlich es ist, wenn dem Fremden der Eintritt in ein bewohntes Schloß verweigert wird, so unangebracht scheint es, den Besuch einer berühmten Stätte, die in einem unbedeutenden Seitenflügel liegt, zu verbieten.

Der nächste Herrschaft der Fürsten von Waldburg, das der Linie Zell-Truchsess gehörige Schloß Zell, liegt im Oberamt Waiblingen. Sowohl nach der landschaftlichen Lage auf dem Berg, als nach der räumlichen Ausdehnung und Anlage ist Schloß Zell das großartigste der oberchwäbischen Fürstenschlößer. Das Schloß mit den mannigfachen Nebengebäuden und einem großartigen Wirtschauseinzel ist ein riesenhaftes Bieder mit mächtigem Innenhof und massigen Arkaden, von einem Park umschlossen, dessen Terrasse herrliche Aussicht gewährt. Der gewaltige Bau ist anfangs des 17. Jahrhunderts an Stelle der alten Burg aufgeführt worden. Wie in Woffegg bieten die zahlreichsten alten Beamtenhäuser den fürstlichen Beamten und Bediensteten jeder Art Unterkunft und Wohnung. Welche Schloß haben ihren fürstlichen Ort und eine fürstliche Apotheke. Da in Zell der Apothekebetrieb offenbar nicht sehr lukrativ ist, betreibt ihr Inhaber im gleichen

*) Aus dem Oktoberheft des „Schwäbischen Bund“, mit dem diese vorläufig geteilte Monatschrift aus Ostdeutschland den neuen, zweiten Jahrgang beginnt.

Ueberblick über die Entwicklung des Tanzes von der Paane bis zum Ballett geben, wobei namentlich im zweiten Programmtitel, bezieht sich auf den Tanz des Wärsers und der Dialekt, der Unterhaltungscharakter der Veranstaltung betont werden wird. Das Orchester wird in diesem Teil auch als Dialekt-Orchester in der sog. Salon-Besetzung tätig sein und entsprechende Stücke zum Vortrag bringen, außerdem werden Rezitationen hier eingeleitet. Mitwirkende dieser Veranstaltung sind Tennis Hähns, Albrecht Sandberg, Registrator Wilhelm Kiehl und Karl Barzsch.

Künstlertheater „Apollo“. Heute Donnerstag erfolgt die Aufführung der fünften Besetzung „Der Himmelskaiser“ von Carl Rittermayer, Musik von Carl Schurz. Die Hilarität des selten humoristischen Stüdes spielt Direktor Xaver Zerofal.

König Wagner veranstaltet am 14. Oktober im Besetzungssaal einen letzten Abend. Aus der letzten Besetzung von Busch, Gillingner, Kerna, Pfeiffer, Wiermann und Wiermann wird es die besten Stücke zu Gehör bringen und durch seine meisterhafte Vortragweise dem Publikum ein paar tolle Stunden bereiten. Karten im Mannheimer Musikhaus.

Antontheater. Albert Wasserhagen, den man erst kürzlich in einem Stück demütern durfte, in dem er vier Rollen spielte — heute, daß das Werk nur ein Mädelhüter war —, steht diesmal in dem Künstler „Die Stimme“ im Mittelpunkt seines eigenen Willens. Nur ist er nicht Schauspieler, sondern Sänger, ein ganz großer, der durch den Reichtum seiner Frau die Stimme verliert, nach erfolgloser Operation zugleich die passende Lebensgefährtin findet. Es ist eine Komödie, die er in den Bergen entwirft, in denen er zur Selbsterhaltung will. Die Wahl der Hauptmotive war glücklich. Die Wasserhagen stellt die Taktik-Frau mit viel Raffinement und Klasse dar. Bedeutend ist auch die Darstellungskraft der Mädel, die, als sie lebend wird, zwar anfänglich vor dem Geliebten zurückschreckt, weil sie sich ihn anders vorstellt hat, aber schließlich doch findet, daß sie und der Geliebte zusammengehören. Die Regie hat sich mit viel Geschick die Naturgegebenheiten dienlich gemacht, von denen ein Teil der Handlung umrahmt ist. Schöne Heiterkeit erregt schon seit Freitag das Lustspiel „Eine Partie Schach“ mit dem Schmeißer Leo Bauer in der Hauptrolle.

Spielplan des National-Theaters				Neues Theater			
Datum	Uhrzeit	Uhrzeit	Vorstellung	Datum	Uhrzeit	Uhrzeit	Vorstellung
7. D.	8	C	Agnes Bernauer	6 1/2			
8. P.	A	A	Der fliegende Holländer	7			
9. S.	9	B	Neu einstudiert: Der schwarze Domino	7			Vor Sonnenaufgang
10. S.	7	D	Zauberflöte	6			Will's Frau

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer IV. Vorf. Landgerichtsdirektor Baumgärtner. Dem Schiff Koch, Raub der 10. als dieses an der Rheinstraße lag, stollen zwei junge Tagelöhner einhundert Pfund, um sie zu Geld zu machen. G. Schradt, der erst dieser Tage wegen anderer Diebstehls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erhält heute eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, sein Weiblich kommt mit 3 Wochen davon.

Einbruch in ein Haus. In einem Hause, bei dem sein Angehöriger ein Diebstahl und Diebstahl zu verantworten hatten, handelte es sich um Motoren, die aus dem Hause gestohlen worden waren. Der Wert eines aus der Substanz entnommenen betrug 1500 Mark. Bei Beibehaltung der Haft wurde ein Wert von 3000 Mark gestohlen. Ein zweites Verbrechen in der Substanz betraf die Entziehung eines Motors im Werte von 8000 Mark, eines Treibriemens und einer Rille Reizen im Werte von 250 Mark. Weidmeyer Albert führte die Motorenführung an. Es wurden heute verurteilt: Schloffer Christian Jörn zu 11 Monaten, Schreiner Julius Jörn zu 4 Monaten, Schreiner Heinrich Jörn, Schilling Oswald Gerzinger, Schloffer Albert Rühl zu je 3 Monaten, Schloffer Hermann Eder zu 3 Monaten, Tagelöhner Julius Krenn und Schloffer Paul Rühl zu je 4 Wochen Gefängnis. Schloffer Emil Rühl zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, ein anderer Rührer wurde freigesprochen. Vert.: R. H. Dr. Pfeiffersberger, R. H. Wölbel und R. H. Seis.

Ein Raub nach Leipzig unternahm der 17-jährige Kaufmannslehrling Friedrich J. aus Reichenau. Die Raubstrafe erlitt er an einem Diebstahl, den er bei einem in Grünstadt wohnenden Café begangen hatte. 1150 Mark und eine Uhr im Werte von 250 Mark waren ihm dabei in die Hände gefallen. Das Urteil lautet auf 4 Monate Gefängnis.

Diebstahl der Wagnereisen und einen Eise Dreher waren die Tagelöhner Sebastian Riel aus Altrip und Karl Ulrich aus Osterheim am 15. August ds. J. in Altrip im Besitz, in einem Raub zu verladen, als sie dabei erwischt wurden. Die Sachen hielten sich dem Redemptoristenlager und hatten einen Wert von 1800 Mark. Jeder wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kauf des Rades der Räder von Thago u. Schmidt in Seckelheim hielten am 5. Juli ds. J. die Arbeiter Adam Silberhagel und P. Haas einen Motor mit Treibriemen im Werte von 3100 Mark und vertrieben ihn in einem Rennrad. Silberhagel wird zu 4. Raub zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mannheimer Schöffengericht.

Ein fieses Geschäft macht der Kaufmann Paul Schickhagen mit seinem Einbruch gegen einen Strafbescheid über 150 Mark. Auf diese Strafe vor gegen ihn wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung erkannt worden, weil er, ohne Genehmigung zu haben, Zerschnittstücke machte und in verschiedenen Zeitungen für solche Geschäfte anbot. Das Gericht beschloß die Strafe etwas höher und verurteilte den Einbruch, daß er durch die Abhaltung der Strafe die Interessen des Publikums zu schützen.

Hause eine Handlung, in der alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu haben sind. Zu finden sind in seiner ganzen Breite vom Schloß getrennt Berges liegt das kleine Dorf Entersheim mit einer merkwürdigen Kirche. Die Oberamtsstadt Seuffrich im Alläu hat wenig Spuren ihrer Reichhaltigkeit erhalten. Schon ist das alte Rathaus, ein stattlicher Arkadenbau aus der Renaissance; die landwirtschaftliche Lage des Städtchens mitten im Hebeland, wo es bis ins letzte Mittelalter reichliche Bienen züchtete, hat es hervorgerufen. Das Landschaftsbild hat sich gegen das eigentliche Oberhessen hier im Alläu verändert. Die Dörfer haben fast völlig die kleinen Wälder und Gärtenhöfe treten an ihre Stelle und zahlreiche Seen bedecken die Höhen.

Der schwarze Domino.

(Zur Reueinstudierung und Wiederaufführung von Kubers Oper am 9. Oktober.)

Konversationsoper mit unterhaltlichen Lustspielvorgängen sind die Stücke der Franzosen. H. C. Cray hat diese Gattung begründet; seine „Weißen Geigen“ sind lange Zeit Vorbild gewesen und geliebt. Ein Französer, geboren 1741 zu Nizza, schrieb diese erste richtiggehende komische Oper, sie wurde — wie in der alten Prachtbau dieser Partitur bezeugt ist — im Jahre 1770 zu Fontainebleau zum ersten Male aufgeführt. Im nächsten Jahre erblühte zu Bonn Ludwig van Beethovens das Licht dieser Welt. Wir können also heute neben dem 150. Geburtstag unseres deutschen Reichers den gleichen Geburtstag der französischen Oper in unserer Erinnerung festhalten. Von dort bis zur Höhe solcher Entwicklung sind rundum 70 Jahre; dann geht es mit jener gaulischen Frühlichter wieder allmählich abwärts, und Raillards Dragoon des Marschall Villars (zu deutsch: das Glücken des Grenitens) zeigen bereits die Senkung zu den Langschönen Offenbachs. Die Restauration der Bourbonen ist die schöne Sommerzeit dieser Kunst, das zweite Kaiserreich der Herbst, der allerdings noch einige Glanztage bringt. Näher: die zwölf Jahre von 1825—1837 sind diese sommerliche Epoche. Sehen wir die Voltaire'sche Dichtung von Paris (1812) vor, schließen wir mit Kubers Teufelsinsel (1842), bedenken wir die „Weißen Geigen“, des Raurers, und des noch heute wirklichen „Fra Diavolo“, so gelangen wir mühelos zum „Schwarzen Domino“. Neben Voltaire, dieu und Kubers sind allerdings noch Herolds Sampa und Adams Position von Longjumeau zu nennen, aber wir wollen uns nicht zu weit in alte Zeiten verlieren.

Vom letzten Stil und von den kleinen Formen waren die französischen Lustspiele ausgegangen, ihre Aufgabe war, zu französischen Lustspielen die rechten Tonbilder zu malen. Sie sind beide rechte Theatermenschen, diese Komödienmacher und die ihnen

in dem Gebaren des Angeklagten nichts anderes als die übliche Verleumdung und Enttarnung gegen den wegen Betrugs schon verurteilten Angeklagten auf den hohen Gehalts.

Eine mehrfache Geschichte trat der Richter Jakob Zercher aus Mandelheim auf die gegen ihn wegen Verleumdung erhobene Anklage vor. Er war zunächst von einer Behörde angehalten worden, als er in seiner Zeitschrift „Der Mann“ aus dem Mannheimer Verlagsverlag diese 600 Namen von einer Sendung von 1500 Mark, die einen Wert von 45 000 Mark hatten und die sämtlich aus einer Lagerhalle gestohlen worden waren. Der Angeklagte behauptet, daß zu ihm in Mandelheim nachts gegen 1 Uhr zwei Männer gekommen seien, die ihn um eine Fahrt nach Mandelheim ersuchten. Er habe sich dazu bereit erklärt und das Toppelt der Tageslage, nämlich 100 Mark, sich dafür im voraus bezahlen lassen. Auf der diesseitigen Abreise angelangt, habe er gefragt, wozu es gehe, und wo sie hin bedeuten würden: in den Mannheimer. Er habe sich geirrt, die Herren seien Schiffer, die ihr Geschäft holen und dann zur Bahn gefahren seien. Während er seine Reiberei verweigerte, hätten ihm die beiden aber 5000 Mark angedreht. Er habe dagegen protestiert, die beiden hätten sich aber nicht daran gelassen und ihm bedroht, er solle voranzufahren, sie kämen gleich nach. Er habe Angst gehabt vor diesen beiden Männern, weil er mit ihnen mitten in der Nacht in dem abgefahrenen Postwagen allein gewesen sei, und unter diesem Zwange sei er mit der Zeitschrift und dem verhängnisvollen Inhalt weitergefahren. Es sei ihm nämlich eine Zeitschrift gegeben, als er der Behörde anständig geworden sei, die zwei Unbekannten aber daß weder er noch die Zeitschrift nochkommen seien. Das Verbrechen setzte zwar einige Zweifel in die Schlichterung, kam aber angeht die Beweisaufnahme doch zu einem freisprechenden Urteil.

Stimmen aus dem Publikum.

Nächtliche Ruhestörung.

Schon wiederholt wurde an dieser Stelle auf den nächtlichen Lärm am Bollerbach und besonders am Anfang der Heilbergstraße hingewiesen, ohne daß jedoch irgendwelche Mäßigkeit geschaffen wurde. Nachdem aber der Radau, besonders Samstag und Sonntag nachts, derartig ungenügend hat, daß an eine Nachtruhe überhaupt nicht mehr zu denken ist, sei die Polizeidirektion nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen. Junge Burken und deren Freundinnen halten an den Straßenden Pfeif- und Gesangsstunden ab und versuchen sich gegenseitig mit Gedrüll zu übertrumpfen. Auch die Chaussee der Miletos scheinen ihr Signal ganz besonders gerne des Nachts zu hören, denn mit wahrer Meisterschaft bearbeiten sie ihre Suppe. Die Anwohner erwarten mit Bestimmtheit, daß endlich einmal für Ruhe gesorgt wird.

Landesversammlung des Verbandes badischer Gemeindevorstände.

X. Versammlung, 6. Okt. Am letzten Sonntag fand hier die 11. Landesversammlung des Verbandes der badischen Gemeindevorstände statt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Kaufmann-Hornberg, erläuterte den Tätigkeitsbericht, dem zu entnehmen war, daß der Verband schwer unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden habe. Eine Reihe von Gesetzen liege dem Landtag vor, die die Interessen des Verbandes betreffen, der hoffe, daß darin den Anforderungen des Verbandes genügt werde. Der Vorsitzende führte weiter aus, gerade die Finanzminister der Gemeinden erfordere eine durchschlagende Klar- und Ausbildung der Gemeindevorstände. Inzukunft wäre, ob nicht die reicheren Gemeinden zur Unterstützung der ärmeren herangezogen werden könnten, da es immerhin sehr fraglich sei, ob Reich und Land den Gemeinden die zugesicherten Beiträge aus der Einkommensteuer usw. überweisen werden. Nach Erörterung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten sprach der Verbandsvorsitzende über die neue Gemeindeordnung, die, nachdem dem Landtag vorliegende Entwurf, den heutigen Anforderungen entsprechende und den Gemeinden ihre volle Freiheit garantierte. Mit Genehmigung sei festzustellen, daß Gemeindevorstände in einzelnen Fällen selbständige Verwaltungsgewalt übertragen erhalten und auch im Gemeinderat den Bürgermeistern betreten können. Eine Änderung sei im Entwurf vor allem darin nötig, daß Beamte, auch arbeitsamtlich angestellte, sofern sie ihre Pflichten einwandfrei erfüllen, nach 10 Jahren nicht ohne weiteres entlassen werden können.

Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Gemeindevorstand G. Haupp aus Nachfeld über das Fürsorgegesetz, dessen Entwurf eine soziale Last bedeute, wenn er auch nicht alle Erwartungen erfülle. Der Direktor des Zentralverbandes, Weiler, sagte die Wünsche in einem besonderen Antrag zusammen, der als Ergänzung zum Fürsorgegesetz dem Landtage unterbreitet werden soll. Hauptächlich komme in Betracht, daß die Gemeindevorstände mit den Reichs- und Staatsbeamten gleichgestellt werden und die Möglichkeit gegeben ist, die gesamte badische Gemeindevorständenschaft in die Fürsorgeeinrichtungen einzugliedern. Bemangelt wurde ferner, daß auf dem Kanale die Stellung der Richter nicht immer voll gewürdigt würde; hier müßte eine Gleichstellung mit den Richterämtern vorgenommen, vielfach aber auch die Ausbildung der Beamten verbessert werden. Schließlich wurde noch der Verbandsvorsitzende Weiler über Fragen der Arbeitsstunden, des Urlaubs usw. Die um den Verband verdienten Mitglieder Feig-Billingen, Beth-Ummendingen und Neumanns-Bundschuh-Bundschuh wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die nächste Landesversammlung ist in Heilheim.

Die Kartoffelversorgung.

Fr. Wotms, 6. Okt. Ueber 600 Vertreter der Verbraucher, gewerkschaftlichen Organisationen, sowie die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen der Stadt Worms, Kreisdirektor Wolff, Regierungsrat Weber, der Kommunalverband und viele andere mehr fanden sich heute in den „Zwei Aposteln“ zur gemeinschaftlichen Beratung über die Regelung der Kartoffelversorgung

verbundenen Tannmaier. Hier alle französische Werke kennt — etwa die Romane vom schönen Dunois „partout pour la patrie“, über welche Duffel so launig und geistreiche Veränderungen geschrieben hat — wird solchen Opem näher kommen. Sie sind eben für Paris geschrieben. Der hohe Reichs ist zufrieden, wenn er etwas norgeln sieht, sagt Goethe einmal von seinen deutschen Zeitgenossen, oder der Pariser der Komischen Oper lachte auch im letzten Lustspiel mehr, und Dichter wie Müller mühen diesem Geschick folgen. Sie folgten dabei aber nur ihrem eigenen natürlichen Sinn. Diefem natürlichen Sinn für schöne Form entsprachen sie mit Feinheit und Kennt der Melodie, mit lebendigem Rhythmus. Was wir „Charmes“ nennen; gauloise Fröhlichkeit, heitere Baus und geistreiche Unterhaltung gewinnen die Opernfreunde alljährlich. Diese komischen Opem sind die jüngeren Schwestern der französischen Lustspiele, und so ist es kaum ein Zufall zu nennen, daß G. Scride der Textdichter für Kubers wurde. Kubers Partituren sind ebenso laubere Arbeiten wie die Lustspiele jener Zeit. Die Zeit der „Restauration“ war angebrochen, die Bourbonen kehrten zurück; nach den Stürmen der großen Umwälzung nach den schmerzlichen Kriegsjahren, denen der Wiener Kongress ein Ziel setzte, folgten die Jahre der Ruhe, des friedlichen Behagens. Geistreiche Unterhaltung ist das Lebenselement jeder Partituren, wie sie in Kubers „Fra Diavolo“ und seinem „Schwarzen Domino“ vorliegen. Mehr können und wollen sie nicht geben!

Daniel François Kubers ist nach Abstammung, Geburt und Talent ganz Pariser; sein Fra Diavolo im Urtext ist für den Pariser Geschmack geschrieben. Diesen Urtext hat neuerdings Georg Hartmann wiederhergestellt, und die Aufführungen im Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg (1915) haben gezeigt, daß man den Stil des französischen Lustspiels bewahren kann, ohne die Wirkung zu verlieren. Aber dies große Bandhofsmodell ist sich sieben Jahre später in lauter Reine, allerhöchste Genrebilder aus dem Leben der französischen Aristokratie aus. Und solange man diese Lustspiel-Klassiker nicht „goutiert“ — ich brüde mich mit Nichts fremdlands aus — wird man auch der Luststücke, die Kubers in Scrides Intrigenstil mit entzückender Arbeit eingeleigt hat, kaum froh werden. Dazu kommt noch eins: für diejenigen, die herzhafte lachen wollen, ist dies musikalische Lustspiel nicht geschrieben. Hier gibt es Feinheiten des Dialoges, die mehr empfunden als belacht werden wollen.

Angela van Divarez, eine nahe Verwandte der Königin, lebt im Damenstifte der Königin. Jung und schön, aber unerschrocken, soll sie zur Verhüllung dieses Stiftes ernannt werden. Eine glänzende Lebensstellung, nur muß sie alsdann der Welt entsagen; die Stiftsdamen dürfen ja ohne Erlaubnis des Bischofs weder das Stift verlassen, noch überhaupt öffentlich erscheinen. Angela hat aber noch

gung zusammen. In mehr als sechshundert Verhandlungen wurde nach dieser Weise eine Einigung erzielt. Die Verbraucher üben ihre Forderung, daß sämtliche Kartoffeln zu 20 R. zu liefern seien, sollen. Dagegen verpflichteten sich die Bandwirte, nicht bis zu 10 Zentner Kartoffeln pro Morgen zu 20 Mark zu liefern, sondern von der gesamten mit Kartoffeln bebauten Fläche 10 Zentner pro Morgen zu 20 Mark zu liefern, jedoch für diejenigen Landarbeiter und ganz kleinen Bandwirte, die nur geringe Flächen (1/4, 3/8 Morgen) pflanzen, die also gar keine Kartoffeln abgeben könnten, die größeren Bandwirte mehr als 10 Zentner zu liefern haben, jedoch die Menge von 10 Zentner Kartoffeln für jeden Morgen Kartoffelfeld doch erreicht wird. Als minderbemittelte hat derjenige zu gelten, dessen Einkommen 10 000 R. nicht übersteigt. Der Zwischenhandel soll ganz ausgeschaltet und auf den Preis von 20 Mark festgesetzt. Aufschlag kommen. Die Verbraucher und Arbeitervereine erklärten, daß jetzt die letzte Stunde zur Verständigung sei. Wenn die Bandwirte die eingegangene Verpflichtung nicht erfüllen, sei es nicht mehr möglich, die hungernden Verbrauchermassen von dem Zug auf die Dörfer zurückzubringen, die gewalttätige Selbsthilfe sei dann unvermeidlich.

Fr. Gernsbach, 6. Okt. Die Konsumvereine beschließen, von jedem Morgen Kartoffelfeld 10 Zentner Kartoffeln zu 20 R. abzugeben. Ferner wurde beschlossen, gegen jeden, der sich diesem Beschlusse widersetzt oder falsche Angaben über die Morgenzahl macht, mit aller Strenge vorzugehen.

Fr. Pfungstadt, 6. Okt. Hier beschließen die Bandwirte, den amtlich Schwachen die Kartoffeln zu 18 Mark den Zentner zu liefern.

Berlin, 6. Okt. (M. B.) Am 5. Okt. Dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gingen Nachrichten darüber zu, daß der Volkstag der Vereinigung, die zwischen den Organisations der Bandwirte und der Verbraucher am 28. September in der Reichskartoffelstelle über die freiwillige Einhaltung der Preisbegrenzung von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln zu fassen gekommen ist, darunter steht, daß infolge des Beschlusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages vom 30. September auf beschlossene Festsetzung des Erzeugerpreises für den Zentner Kartoffeln von 25 Mark. Unklarheit in die beteiligten Kreise gekommen ist. Demgegenüber erklärt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, daß nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft die beschlossene Festsetzung vom Höchstpreis ohne gleichzeitige Erhöhung der Ware dazu geführt habe, daß die Ware vom offenen Markt verschwand und im Schwarzhandel zu weit höheren Preisen abgesetzt wird. Diese Erfahrungen wurden vom Direktor des Reichsministeriums in der oben erwähnten Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit dem Bemerkten hervorgerufen, daß das Ministerium deshalb nicht in der Lage sei, in Rücksicht auf teilweise Mangelwirtschaft beschlossene Höchstpreise festzusetzen. Freiwillige Vereinbarungen zwischen den Erzeugern und Verbrauchern werden für die allgemeine Senkung der Kartoffelpreise mehr als Ersatz. Dieser Standpunkt ist übrigens durch eine weitere, vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages alsbald am 30. September angenommene Entschließung, die die allgemeine Stillmanahme der Regierung in der Frage der Kartoffelversorgung billigt, anerkannt worden und die Regierung wird weiter an ihm festhalten.

Kommunales.

B. Hanf, 1. Okt. Die Dienststunden der städtischen Stellen wurden heute an von 8—12 und von 2—8 Uhr festgesetzt. — Der Stadtrat ist geneigt für Gewährung einer einmaligen Beihilfe für langjährige Erwerbslose; die Winterbeihilfe soll aber in Sachleistung bestehen. — Die Feuerungsgebühren wurden von den städt. Arbeitern gefällig. Sie verlangen eine Erhöhung der Feuerungsgebühren vom 1. Juli ab um 50%, ferner die Erhöhung der Kindergebühren für Kinder von 1—8 Jahren auf 40 Mark, von 6—14 Jahre auf 50 Mark und von 14—21 Jahre auf 60 Mark monatlich. Der Antrag wird begründet, daß eine Verbilligung der Lebensmittel nicht eingetreten sei, sondern daß Brot, Milch, Fleisch, Eier, Mehl, Schmalz, Wäsche usw. weiter gestiegen seien. Dazu komme der Steuererhöhung, die die Arbeiter bei den jetzigen Löhnen nicht tragen könnten. Die städtischen Arbeiter sind in vier Lohnklassen eingeteilt. Es erhalten die Arbeiter der Gruppen einen Lohn: Gruppe 1: 30—35 Mark, Gruppe 2: 27,50—32,50 Mark, Gruppe 3: 25—30 Mark, Gruppe 4: 22,50—27,50 Mark; außerdem eine Kinderzulage von 10 Mark monatlich, ein Zuschlag auf Lebensstunden von 25—50 %, Karabiner erhalten täglich 1,50 Mark Zulage und eine Dienstzulage bis zu 2 Mark täglich. Der Stadtrat stellt fest, daß ein Dienstarbeiter im Gesamtwert einen Stundenlohn von 5,55 Mark hat oder ein Jahreseinkommen bei 313 Arbeitsstunden von 1800 Mark, womit er den Umfangsgehalt der Beamten der Gruppe 8 (Obersekretäre, Oberreferenten usw.) bezieht. Die Handwerker-Stundenlöhne können nicht in Betracht gezogen werden, weil diese als Saisonarbeiter höher liegen. Der Stadtrat hat beschlossen, die Kinderzulage wie verlangt, zu bewilligen und legt darüber dem Bürgerausschuss eine Vorlage aus. Der Mehraufwand für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 1. April 1921 beträgt 101 300 Mark. Aufgebracht soll der Mehraufwand zur Hälfte durch Umlegung auf das Regenerations- und Betriebsvermögen, zur anderen Hälfte durch Veranschlagung der reichssteuerfreien Einkommen.

V. Juchacz, 1. Okt. Der Stadtrat beschloß sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Frage der Funktionenbesetzung nicht überausmäßigen Bürgermeisters und der Kaufmannsbesetzung an die Stadtratsmitglieder, wie bei dem neuen Selbstverwaltungsgesetz vorgesehen. Vor der Weisung wurde darauf hingewiesen, daß diese Kreise ehrenamtlich auszuüben seien, daß es aber ein

ander Nummer: der Herzog von Alpbach ist toben gestorben; wenn sie Bestattung wird, kann sie keine Beerdigung nicht antreten. Der ganze Reichstag fällt alsdann an Lord Elizer von der englischen Botschaft, der durch seine Gattin mit den Deputierten verhandelt ist. Man hat nun die Königin „verlobt“, es sei doch nicht möglich, wenn solche Erbfolge nach England übergehe, und Grafin R. f. u. a. eine eheliche, intrigante Stillschöne, bemüht sich, die Königin gegen Angela einzunehmen. Sie will selbst Bestattung werden und jetzt ihren Willen durch.

Zweites Genrebild: Die Stüttdams Angela ist bereits zweimal heimlich aus den heiligen Häusern ausgerückt. Der Hausverwalter ist ein gefälliger Mensch und verschwiegen; er weiß wohl, warum. Mit Brigitte, Komtesse von Lucca, die im Stift erzogen wird, hat sie das Haus verlassen, um Weichhüftchen zu besuchen. Die beiden haben den Hofball besucht, im schwarzen Domino. Dort hat Angela den jungen Edelmann Dragan von Raskarena kennen gelernt; Liebe aus dem ersten Blick. Und heute, genau ein Jahr nach solchem Abenteuer, ist sie heimlich mit Brigitte zwischen Weg gefahren, um den Geliebten noch einmal zu sehen, bevor sie das Gelübde der Ehelichkeit ablegt, um Vortheil der berühmten Damenstiftes zu werden.

Drittes Genrebild: Seit jenem Weihnachtsabend, an dem er den reizenden „schwarzen Domino“ kennen und lieben lernte, wird Raffarena, Angehänger des Kaiserlichen von Vukov, von oben her in seltsamer, auffälliger Weise begünstigt. Graf von Lucca will dem armen Edelmann sogar seine Tochter Brigitte zur Gattin geben. Raffarena vertritt sich darüber seinem Jugendfreunde, dem Grafen Juliano an; mit der Liebe ohne Gleichen im Herzen kann und will er keine Konventionen eingeben. Juliano läßt den Jugendfreund aus; sie kennen ja beide weder Brigitte noch Angela; überdies nimmt es Juliano mit dem letzten Gelübde nicht zu genau, worüber Lord Elizer in ungerader Eifersucht gegen Raffarena gerät. Wir sind nämlich in einer Komödie der Arrangen: Brigitte und Angela verstehen sich, Angela kann nicht mehr in das Stift zurück. Was nun fest bleibt uns Scride, der solcher Spannung bedarf, noch nicht. Wir sind in der Vorstadt, im Bandhaus des Grafen Juliano. Klaudia, die Haushälterin, wagt noch. Ja, die Haushälterin eines jungen Edelmannes hat es nicht leicht. Schon ist es ein Uhr morgens, der Graf und die lustigen Junggesellenbrüder können jede Minute zum Souper kommen; auch Bill Berger, der Verwalter des Damenstiftes, kann jeden Augenblick zum guten Stillstand erscheinen. Und morgen soll Klaudias Nacht vom Lande eintreffen. Da klopf es. Angela erscheint hat des erwarteten Verzes. Das weitere ist nicht gerade wahrscheinlich, aber sehr unterhaltsam: Angela wird aufgenommen; als Wichte vom Lande geliebt, beibringt sie die Raffarena, unter denen auch Raffarena. Von hier an können wir Raffarena Opernhaus (M. B. 1920) betrachten; wir wissen

Letzte Meldungen.

Eisenberger.

München, 7. Okt. (Priv.-Tel.) Der Bayerische Landtag behandelte gestern in dreistündiger Sitzung den Antrag der U.S.P. auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger...

Die Zustände in Berlin.

Berlin, 7. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Der Berliner Elektrizitätspreis ist beendet und zwar hat er leider mit einem Zeitlag der Ausländer geendet...

Berlin, 7. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) In der „Roten Fahne“ wird der Elektrizitätsarbeiterstreik als „revolutionärer Aufstand“ gefeiert...

Berlin, 7. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Der Streik der Angehörigen im Berliner Zeitungsgewerbe zieht leider weitere Kreise und es ist nicht ausgeschlossen...

Fürsorge für die Arbeitslosen in Berlin.

Berlin, 6. Oktober. (W. B.) Eine größere Zahl von Arbeitslosen war heute vor dem Rathaus erschienen. Eine Abordnung trat der Kommission des Magistrats...

Die Löhne der Bergarbeiter.

m. Bochum, 7. Okt. (Br.-Tel.) Eine Konferenz der vier Arbeitsgemeinschaften der Bergarbeiterverbände, die gestern hier tagte, befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau...

m. Klagenfurt, 7. Okt. (Br.-Tel.) Heute werden hier aus Wien 48 Verbandsoffiziere in 16 Engländer, Franzosen und Italiener, zur Kontrolle der Abstimmung am 10. Oktober eintreffen...

Handel und Industrie.

Zur Lage in der Rheinschifffahrt.

Von Syndikus Dr. Reinig, D.-Ruhrt.

Ende Juli, anfangs August haben die Verhältnisse in der westdeutschen Binnenschifffahrt eine plötzliche und unvorhergesehene Wendung genommen. Der seit Ende des letzten Jahres außerordentlich rege Güterverkehr auf dem Rhein...

Die Versammlung hat am 3. September 1920 stattgefunden und wurde darin der Beschluß gefaßt, unter Hinweis auf die vorliegenden Verhältnisse unverzüglich ein Telegramm an die zuständigen Reichsstellen mit der Bitte um sofortige Vermittlung zwischen Partikulierschiffern zu senden...

Das Befrachtungskontor stellt seine Forderungen bezüglich der Ueberstunden sowie Frachtabrechnung lt. Erlaßnahme (Punkt 7 und 8 des Frachtvertrages) vorläufig zurück...

Das neue Kapitalfluchtgesetz.

Dem Reichstag ist gestern, wie uns gedröhrt wird, ein Entwurf des Gesetzes gegen die Kapitalflucht, dem der Reichstag zugestimmt hat, zur Beschlußfassung vorgelegt worden...

Auslands-Hypotheken.

Man schreibt uns: „Bekanntlich war in den letzten zwei Dezennien der deutsche Hypothekenmarkt sehr knapp, und je mehr wir uns dem Weltkrieg näherten, desto zurückhaltender waren die Geldinstitute in der Beleihung städtischer Grundstücke.“

Die Vereinigung Mannheimer Grundstücks- u. Hypothekmakler e.V. hat im Interesse dieser badischen Grundstücksbesitzer bei der badischen Regierung in einer ausführlichen Petition gebeten, die Regierung möge dahin wirken, daß eine Revision der Bedingungen stattfindet...

Anmeldung von Dividendenansprüche auf Canada Pacific Aktien.

Berlin, 6. Okt. (W.B.) Von zuständiger Seite wird hierdurch darauf hingewiesen, daß zur Geltendmachung der Ansprüche auf die während des Krieges fällig gewordenen Dividende der Canada Pacific-Aktien die ent-

sprechenden Anmeldungen in vorgeschriebener Form spätestens mit Mitte Oktober d. J. bei der für die Berechtigten zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts einzureichen sind.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 6. Okt. (Draht.) Sehr lebhaft gestaltete sich heute das Geschäft in Aktien der Unionwerke. Diese Aktien wurden zu den Kursen von 200% und 210% gehandelt...

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 6. Okt. (Draht.) Sehr lebhaftes Geschäft hatten Phoenix-Bergbau, die von spekulativer Seite 573-577 gehandelt wurden und somit 20% gesteigert wurden...

Wirtschaftliche Rundschau.

Kapitalerhöhungen.

Elektrizitätswerke Lehr A.-G. um 1,50 Mill. auf 3 Mill. M. - Augsburg-Kammgarb- und Spinnerei um 2,63 Mill. M. auf 5,20 Mill. M. - Preß-, Stanz- und Ziehwerke Chilling-Worth A.-G. in Nürnberg um 4,20 Mill. M. auf 8,40 Mill. M. - Süddeutsche Metallindustrie A.-G. in Nürnberg um 1 Mill. M. auf 4 Mill. M.

Neueste Drahtberichte.

Annahme von Kriegsanleihe für das Reichsanopfer. Berlin, 7. Okt. (Eig. Draht.) Der Abgeordnete Dr. Reichert hat folgende Anfrage an den Reichstag gerichtet: Die Annahme von selbstgezeichneter Kriegsanleihe auf das Reichsanopfer zu dem im Gesetz bezeichneten Vorzugskurs ist nach der Vorschrift dieses Gesetzes auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1920 beschränkt...

Nationale Automobilgesellschaft, Berlin. Die Gesellschaft wird eine Kapitalerhöhung von 20 auf 30 Mill. M. vornehmen.

Versteigerung deutscher Werke in Frankreich. Die Aktiengesellschaft Gebrüder Röchling in Diedenhofen soll am 9. Oktober versteigert werden.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober. Table with columns: Pegelstation von Rhein, Datum, and Bemerkungen. Includes data for Koblenz, Bonn, and Köln.

Wetterausichten für mehrere Tage im Voraus. Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, and Bemerkungen. Includes data for 1. Oktober to 7. Oktober.

Witterungsbericht. Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, and Bemerkungen. Includes data for 1. Oktober to 7. Oktober.

Witterungsbericht. Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, and Bemerkungen. Includes data for 1. Oktober to 7. Oktober.

Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldmann; für Feuilleton: H. Wöhrner; für Solos und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schönfelder; für Einzel- und für Anzeigen: Kurt Dügel.

National-Theater Mannheim.
Donnerstag, den 7. Oktober 1920.
8. Hoftheater in Szene, Abteil. C (für H. Partsch C 7)

Agnes Bernauer
Ein deutsches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. In Szene gesetzt von Hanns Rogg. Bühnenbilder von Heinz Grete.

In den Hauptrollen:
Herzog Ernst — Godes; Albrecht — Hoffmann; Breising — Kolmar; Lärching — Albrecht; Bernauer — Köhler; Kones — Fr. Köhler; Theobald — Kose. Anfang 8 1/2 Uhr. Mittel-Preise. Ende 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“
Heute abend 7 1/2 Uhr: **Erstaufführung „Der Himmelschuster“**
Ländl. Posse von Carl Mittermayr. Musik von Carl Schwarz. In der Titelrolle: **Xaver Terofal**. Morgen Freitag u. folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: **„Der Himmelschuster“**

Musensaal — Rosengarten.
Freitag, den 8. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr

Einmaliger Tanzabend
Marg. Rössler
vom Nationaltheater Mannheim.

Eintrittskarten Mk. 12, 10, 8, 6, 5, 4, 3, 2, 1. Zusätzlich Lustbarkeitssteuer an der Konterkasse Heckel, O 3, 10, 11174

Kammer-Lichtspiele
D26

Nur noch heute!
Der Fluch der Menschheit
I. Teil 5245
Die Tochter der Arbeit
Abenteuer-Drama in 5 Akten
Fortsetzung nächsten Freitag
Broncho Bill
Orig. Wild-West-Schauspiel in 3 Akten

KABARETT RUMPELMAYER
Kurt Graf
der humorvolle Sorgenbrecher.

Jugendtheater im Liedertafelsaal.
Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 4 3/8 Uhr

Die Bremer Stadtmusikanten.
Billetverkauf bei L. Levy, Ul. 4, Tel. 1660, 11202

Palast-Theater. S242
Heute letzter Tag!
Harry Piel
in seinem ersten Monumental-Sensationsfilm der neuen Serie 1920/21
Das fliegende Auto
Eine Attraktion allerersten Ranges!
1841 Die Abenteuer eines Viegeluchters. (1841)

Wirtschafts-Übernahme- & Empfehlung
Bechte mich ergebnis anzuzeigen, daß ich die Wirtschaft zur
„Stadt Heilbronn“
Holzstr. 19, Ecke Reformationsstraße (früher Rörich) übernommen habe.
Zum Kaufmann gelangt:
In. Vollbier der Gärungsbrewerei Speyer, sowie naturreine Pfälzer Weiß- u. Rotwein. Täglich warmes Frühstück. Gute Küche. Telefon 1001. **Heinrich Polz.**

Genuine mit Fern Andra ab Freitag 6342 Palast-Theater!

Privatanzkurse
Sind noch einige Damen erwünscht. *7079
Lud. Pirruwan, Speyerstr. 5. Tel. 3906.

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Freitag, 8. Oktober gelten folgende Warten:
I. Für die Verbräuer:
Butter: 1/2 Pfund zu M. 1.25 für die Bettmarte E in den Verkaufsstellen 1-130.
II. Für die Verkaufsstellen:
Zur Abgabe sind bereit:
Butter: 1/2 Pfund zu M. 2.25 für die Verkaufsstellen 131-170 am Freitag, den 8. ds. Mts., von 9-12 Uhr.
Schweinefleisch: 100 Gramm zu M. 3.30 für die Verkaufsstellen 85-400 am Freitag, den 8. ds. Mts., bei der Schl. Fleischmühle im Schlachthof von 7-11 Uhr. Ausweis und Gefäße mitbringen.

Willaustellung
des Stadt. Untersuchungsamts Kurfürst Friedrich-Schule C 6, Eingang gegenüber C 7; geöffnet Montag bis Freitag von 8-4 Uhr, Samstag von 8-6 Uhr. Kerzen und Schulen bleibt nach Voranmeldung die Ausstellung Montag bis Freitag von 4-6 Uhr geöffnet. Eintritt unentgeltlich. 65
Eidliches Lebensmittelamt, C 2, 16/12.

Wollschneiderei
Die Verkaufspreise für außerordentliches Brennholz wurden im Vernehmen mit der Bad. Landesbrennholzstelle durch Beschluß des Stadtrats vom 30. u. 31. mit folgender Wirkung wie folgt festgesetzt:
Lieferung:
ab Lager vord. Haus ins Haus
Mk. Mk. Mk.
1. Inncardeliet 17.50 19.50 19.90
2. gefügt 19.00 20.40 21.00
3. groß gespalten 20.00 21.40 22.00
Mannheim, den 1. Oktober 1920.
Ortsaufseherstelle. 80
Morgen früh auf der Freiland Kucheltisch
Kafelnnummer 1500. 97 Die Verwaltung

Deutsche (lib.) Volkspartei Ortsverein Mannheim.
Geschäftsst. C 3, 21/22, Fernspr. 6045

Donnerstag, den 7. Oktober 1920, abends 8 Uhr
im großen Saale des Ballhauses

Vortrag
des Reichstagsabgeordneten
Herrn Otto Thiel
Vorlegenden des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Verbände
Alle national und liberal gesinnten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen. 11200

Privatanz-Institut E. Trautmann, Kaiserring 42.
Heute Donnerstag abend beginnt präzis 8 1/2 Uhr im „Wiener Restaurant“ (Kaufmännisches Vereinshaus) C 1, 10, ein weiterer **Tanzkurs**, wozu nach einige Anmeldungen freundlich entgegengenommen werden. Fortsetzung (Dienstag und Donnerstag). *7057

Geschäftsverlegung und Empfehlung.
Mache hiermit unserer verehrlichen Kundschaft sowie geehrtem Publikum die ergebene Mitteilung, daß wir unser Geschäft von R 4, 23
nach P 2, 3a
verlegt haben, und werden dasselbe in aligewohnter, reeller Weise weiterführen. 11206
Indem wir um geß. Wohlwollen höß. bitten zeichnen wir
Hochachtungsvoll
Erste Mannheimer Stockfischwässerel
Fluss- u. Seefische, Wild, Geflügel
Fersch & Hartmann.
Empfehlen heute: Kahlau, Schellfisch, Seehecht, Heelachs und Blaufelchen frisch eintreffend, sowie Wild und Geflügel. **Fersch & Hartmann.**

Wolzenmehl jedes Quantum
Iann ich nicht liefern, aber Eichen- und Rüsternschlamm mit weißem Warmor, darunter eigenes Fabrikat zu bedeutend herabgesetzten Preisen. *7062
Möbelschreiner u. Möbelschmalt
Florschütz, P 2, 7. Tel. 6278.

Mannheim - Ballhaus
Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr
Oeffentl. Lichtbildervortrag über **Schwimm- und Rettungswesen**
Redner: **Emil Günther**, Geschäftl. der deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Dresden
— Einlass: 1.— Merk. — 11172
Schwimmverein Mannheim E. V.

Der neue Angestellten-Tarif
für den Stadtbezirk Mannheim ist erschienen und im Verlage **Johannes May**, Windeckstrasse 5 erhältlich. — Nach dem Betriebsratsgesetz müssen alle Arbeitgeber, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, jetzt eine neue Arbeitsordnung einführen.
Wir haben den Satz für dieselbe nach den Organisations-Vereinbarungen und der amtlichen Muster-Arbeitsordnung fertiggestellt und können sie in Taschen- und Plakatform billigst liefern. Musterabzüge zu Diensten. aus
Buch- und Kunstverleger Johannes May • 6494.

Achtung!
norddeutscher Lämmer
Ein großer Transport (feinste Dellstafel), ist eingetroffen. Verkauf dieser Lämmer findet statt: am Donnerstag, den 7. ds. nachm. 4 Uhr ab u. Freitag, den 8. ds. u. Samstag, den 9. ds. Mts. zum Preise: Schlegel und Rüden à Pfd. 12 Mk., Brutt u. Hals à Pfd. 9 Mk.
Bernh. Hirsch, J1, 16, Friedr. Fiedler, Q 2, 19
Wetzgerien und Schäfereien. 11188
fern zu mäßigen Preisen.
Umrahb. u. sonst. Modell.
C. Scheuer, Modes,
Seckenheimerstrasse 46.
Auch Herren- und Damenhüte werden modern u. billig angefertigt, gew. u. gefärbt. 592

Hüte
Ein großer Transport (feinste Dellstafel), ist eingetroffen. Verkauf dieser Lämmer findet statt: am Donnerstag, den 7. ds. nachm. 4 Uhr ab u. Freitag, den 8. ds. u. Samstag, den 9. ds. Mts. zum Preise: Schlegel und Rüden à Pfd. 12 Mk., Brutt u. Hals à Pfd. 9 Mk.
Bernh. Hirsch, J1, 16, Friedr. Fiedler, Q 2, 19
Wetzgerien und Schäfereien. 11188
fern zu mäßigen Preisen.
Umrahb. u. sonst. Modell.
C. Scheuer, Modes,
Seckenheimerstrasse 46.
Auch Herren- und Damenhüte werden modern u. billig angefertigt, gew. u. gefärbt. 592

Pelze
in grosser Auswahl
zu billigen Preisen.
Remmlinger
L 2, 7, 1. Etage.
Niederlage der Firma
G. A. Schneider
FRANKFURT a. M.
5183

Friseur.
Ich gebe Unterricht im
Naarnetzstricken.
Günstige Verlebensmöglich-
keiten. Angebots unter
Q. V. 96 a. b. Geschäftsst.
„Herren-, Damen-“
fleider wendel, ändert,
repar. bügeln, reinigt wie
neu, Schneidart, Thor-
aderstr. 11, Nähe Bis-
marckplatz. 6155

Der alte Anzug
Die alte Bluse
Das alte Kleid
werden sehr ge-
färbt und
wie neu mit
PULS
Stofffarben
Fragen Sie zur Marke PULS,
an die Garfalle, Markt
11, 11, 11, 11, 11, 11, 11,
Wannau, 11, 11, 11, 11, 11,
E92

Tätowierungen
entwerfen
schöner
Motiv-
ein-
sprach-
Fingerring
ein
Hörner
mit elek-
trischen
Strom,
mehrfach
größer Schweiß
und
unangenehm
geruchlos
geruchlos
Lichttherapie
Mannheim, Kur C 2, 1

Beteiligung
mit 3000 Mk. teil oder
täglich bei hohem Verdienst
von Herr oder Dame
gekauft. *7111
Angebote unter R P. 15
an die Geschäftsstelle erb.
Für ein gewandlungsb.
Unternehmen sofort

Teilhaber
m. 15-20000 Mk. gesucht.
Geß. Angebote unter
Q. 7, 94 an die Geschäfts-
stelle des Blattes. *7060

Nähmaschinen
repariert **Knausen**
L 7, 3. Tel. 3403. 6135

Teilhaber
m. 15-20000 Mk. gesucht.
Geß. Angebote unter
Q. 7, 94 an die Geschäfts-
stelle des Blattes. *7060

Haut-, Blasen-, Frauenleiden
(ohne Quecksilber,
ohne Einspritzung),
Blut-, Urin-Unter-
suchungen
Aufklärende Broschüre No. 30 gratis
versch. Mk. 3.— (Nachnahme)
Spezialarzt Dr. med. Hollander
Frankfurt a. M., Rothmannstraße 56, gegen-
über Frankfurter Hof, Tel. Hansa 6933, 670
Täglich 11-1, 5-7 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

Pelze
in reichster Auswahl
Billigste Preise

Pelzhaus Seligmann
O 4, 17. 10764
Wiederverkäufer u. Maßbesucher!
Grosse Auswahl in
Schokolade
finden Sie bei 61437
Eiormann & Co., Ludwigshafen a. Rh.
Steinstraße 9. Handelseisenbahn Nr. 302.
Drucksachen liefert schnell
Druckerei Dr. Haas, E 6, 2.

Damen- und Knabenkleidung
mird angefertigt, sowie
zugewaschen u. Einprobe
zum Selbstbestimmen.
*7042 Aufpreis 21a p.

Statt besonderer Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine
herausragende treue Gattin, unser innigstgeliebtes einzig
gutes Kind, Schwägerin, Schwägerin, Nichte u. Kusine
Ria Busch
geb. Bleser
nach 7-wöchentlicher, glücklichster Ehe und 3-tägiger
heimtücklicher Krankheit im Alter von 22 Jahren zu sich
zu rufen. *7106
Mannheim (Hafenstr. 68/70), den 6. Oktober 1920.
In tiefem Schmerze:
Karl Busch
Martin Bleser und Frau, Mainz
Gg. Busch und Frau, Mannheim
Ernst Busch u. Frau, M'heim-Käfertal
Hermann Bock und Frau, Mannheim.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 9. Oktober,
nachmittags 2 1/2 Uhr in Mannheim von der Leichen-
halle aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Ernst Baumann
Maria Baumann
geb. Braun *7014
Vermählte
Neuoffen, 7. Oktober 1920.
Paul Martin-Ufer 44.

Bernd Marx
Klara Marx geb. Fink
Vermählte
Mannheim, den 5. Oktober 1920.
Q 7, 5/6. *7074

Zurückgekehrt
Dr. v. Hollander
Frauenarzt
Goethestrasse 6.
6110

Dr. Wolff
Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe
wohnt jetzt E99
Kaiserring 36
Sprechstunden 11-12, 2-4. Telefon 6446

Harn- Haut- u. Geschlechtsleiden
aller Art.
Rasche Erfolge auch
bei alten und hart-
näckigen Fällen ohne Berufsstörung
behandelt S155
Dir. Nch. Schäfer's Lichtheil-Institut „Elektron“
Nur N 3, 3, 1. Tel. 4329 Nur N 3, 3, 1.
Geöffnet von 9-12, von 2-8 abends, Sonntag
9-11 Uhr. Auskunft kostenlos. — 20jähr. Praxis.

Oeffentliche Versteigerung.
Freitag, den 8. Oktober 1920,
vormittags 11 Uhr, werde ich im Hote
H 7, 34 gemäß § 273 h. O. B. gegen bare
Zahlung öffentlich veräußern:

1 Pferd, braun, Wallach
ca. 10 Jahre alt. 11202
Mannheim, den 7. Oktober 1920.
Weiler, Gerichtsaußseher.

Wieder eingetroffen
Feld-Hasen
ganz und geteilt.
Ferner:
See-Fische
laufend frisch. 11208
Franz Flügler Nachfolger
Mittelstrasse 24. Telefon 6771.

Sägmehl
Hobelspäne
als Beimischung zu Braunkohle usw.
hat laufend abzugeben. 11182
Ad. Messerschmitt, Mannheim
Industriehafen.

la. Filder-Rohkraut
in Waggonladungen zu billigsten
Tagespreisen hat abzugeben 11186
Filderkraut-Verwertungs-
Genossenschaft
Geschäftsstelle (Kaufhalle) Stuttgart
Johannesstraße 80, Tel. 4830 u. 4831